

## 4. Srebrenica erinnern: Narrative und Normen

---

Dieses Kapitel untersucht anhand eines konkreten Kriegsverbrechens, des Massakers von Srebrenica, die Narrative und Normen in Deutungsfestschreibungen von internationalen und serbischen Akteuren im Zeitraum 1995-2010. Dazu werden diese Deutungsfestschreibungen auf internationaler und serbischer Ebene dargestellt und in Relation zueinander gesetzt. Für die serbische Ebene wurden zudem deklaratorische Äußerungen auf Regierungs- und Parteiebene untersucht, um der Frage nachzugehen, wie sich das Sprechen in öffentlichen Diskursen beziehungsweise das Schreiben über Srebrenica verändert. So können diskursive Verschiebungen zwischen der Kontroverse um eine Verurteilung von Srebrenica zwischen 2005 und 2010 sichtbar gemacht werden, die Ausdruck normativen Wandels sein und als »Richtungsanzeiger« dienen können. Darüber hinaus stellte sich die Frage, ob hinsichtlich einer Differenzierung nach Opfergruppe unterschiedliche Normvorstellungen vorliegen. Diesen Fragen wurde ebenfalls im Rahmen eines lexikometrischen Vergleichs der Deklarationen zur Verurteilung des Massakers und der Verbrechen an Serben 2010 nachgegangen.

Lexikometrische Verfahren können Hinweise auf die Charakteristika von Korpora geben. Dieses induktive Verfahren erlaubt es, den möglichen blinden Fleck rein theoriegeleiteter Analysen zu erhellen. Computergestützt wurde mit MaxQDA so eine quantitative Analyse der Korpora von 2005 und 2010 vorgenommen, die auf einer Worthäufigkeitssuche beruhte. Statt sämtliche möglichen Wörter zählen zu lassen, wurde die Zählung auf Basis eines Diktionärs entwickelt, das heißt, nur die Wörter in diesem Wörterbuch werden gezählt.<sup>1</sup> Die Begriffe des Diktionärs wurden nach dem Kriterium der allgemeinen Worthäufigkeit und nach den Erkenntnissen der bisherigen empirischen Arbeit, das heißt aus dem Wortschatz der Vergangenheitsaufarbeitung und von spezifischen Kriegsverbrechen im serbischen Diskurs, ausgewählt. Aufgrund der serbischen

---

1 Siehe das Diktionär im Anhang dieser Arbeit.

Grammatik, die ähnlich der deutschen Veränderungen am Wortende je nach verwendetem Kasus vorsieht, musste häufig nach dem Wortstamm mit einem Stern (\*) statt nach einem bestimmten Wortende gesucht werden. Dadurch ergeben sich zum Teil ganze Wortfelder hinter nur einem Wort. Die Worthäufigkeit wurde zur Vergleichbarkeit auf einen idealen Durchschnittsartikel heruntergerechnet, also durch die Anzahl der vorliegenden Artikel aus der jeweils zu untersuchenden Periode geteilt. Von den daraus resultierenden Ergebnissen wurde die Differenz ermittelt (Worthäufigkeit 2005 – Worthäufigkeit 2010 = Differenz). Diejenigen Kategorien mit einer Differenz von mehr als +/- 0,1 wurden im Rahmen der Auswertung für signifikant erachtet.

Deklarationen, Resolutionen und Berichte stellen in der Regel den Versuch dar, eine bestimmte Deutung festzuschreiben und öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen um einen Sachverhalt ein Ende zu setzen, indem sie, möglicher konkurrierender Deutungen zum Trotz, ein einheitliches Narrativ präsentieren. Sie werden gewöhnlich von höchsten Gremien verabschiedet und haben einen hohen Geltungsanspruch. Juristische Deutungen und Wertungen nehmen im Fall Srebrenica die gleiche Funktion ein, wie sie die Geschichtswissenschaft für andere Erinnerungstopoi ausübt: Sie entscheiden über die »richtigen« Narrative – über »Fakten«, die Frage von (Un-)Schuld und Verantwortung.<sup>2</sup> Allgemein werden die hier untersuchten Srebrenica-Deutungen aufgrund des verkürzten Charakters von Deklarationen und Berichten ohne eine breitere Berücksichtigung des Kontexts erzählt. Da die konkreteren Konfliktumstände aber Aufschluss über die Positionen der Akteure in der Deutung und damit über den Hintergrund und die Motivation für die Deutungsfestschreibung gibt, werden die Deutungsfestschreibungen sowohl hinsichtlich der Akteurspositionen während der Jugoslawienkriege als auch in gegenwärtigen Diskursen kontextualisiert.

---

2 Hier wird auf »forensische«, »faktische« oder »historische« Wahrheit verwiesen.

## 4.1 INTERNATIONALE DEKLARATIONEN UND DEUTUNGSFESTSCHREIBUNGEN 1995-2009<sup>3</sup>

### Kontext der internationalen Deutungsfestschreibung

Ein grundlegender *bias* auf internationaler Ebene in der Wahrnehmung der Jugoslawienkriege ist darauf zurückzuführen, dass das Milošević-Regime und die Vertreter der *Republika Srpska* vergleichsweise schlecht mit internationalen Medienvertretern und Institutionen kooperierten und nach dem Ausschluss aus den UN isoliert waren. Dadurch blieben die Verbrechen, die im Bosnienkrieg an Serben begangen wurden, in der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Gleichzeitig forcierten bosnisch-muslimische Politiker und von ihnen beauftragte PR-Agenturen ab 1992 eine Zuschreibung der muslimischen Bosnier als unschuldige Opfer, um die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit zu mobilisieren.<sup>4</sup> Einen entsprechenden Geltungsanspruch bekam diese Deutung, als Bosnien und Herzegowina am 20. März 1993, also mehr als zwei Jahre vor dem Massaker von Srebrenica, Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen die Bundesrepublik Jugoslawien einreichte, um die Anwendung der Genozidkonvention vor dem Internationalen Gerichtshof zu prüfen. Die bosnisch-muslimische Führung beabsichtigte damit, den Bosnienkrieg nicht als Bürgerkrieg oder als Konflikt um ein Territorium zu definieren, sondern als entschlossene Anstrengung der serbischen Seite darzustellen, die bosnischen Muslime auf dem von Serben kontrollierten Territorium als Volk zu eliminieren.<sup>5</sup> Diese Sichtweise wurde breit von den westlichen Medien rezipiert und unterstützte die Konfliktwahrnehmung der Bosniaken.<sup>6</sup> Ihr Narrativ, in dem Bosnier und Serben als homogene und dichotome Gruppen dargestellt werden – als muslimische, zivile Opfer und bosnisch-serbische, (para-)militärisch organisierte Täter – wurde dadurch in den Deutungen der Vertreter der internationalen Gemeinschaft dominant.

3 Dieses Unterkapitel wurde von der Autorin verändert und erweitert veröffentlicht, vgl. D. Mehler: »Srebrenica und das Problem«.

4 Vgl. zum Engagement von PR-Agenturen in den Jugoslawienkriegen Becker, Jörg/Beham, Mira: *Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod*, Baden-Baden: Nomos 2006. Für eine Übersicht über Agenturen, die für die Regierung Bosnien-Herzegowinas tätig waren, siehe ebd., S. 103.

5 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 136.

6 Vgl. Beham, Mira: *Kriegstromele. Medien, Krieg und Politik*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996.

Der Fall der UN-Schutzzone Srebrenica wurde nur wenige Tage nach dem Verbrechen international verurteilt. Angeprangert wurde zunächst, dass es den Blauhelmen nicht gelungen war, die Enklave gegen den serbischen Angriff zu schützen oder zu verteidigen, obwohl ein Vorrücken der bosnisch-serbischen Einheiten auf Srebrenica absehbar gewesen sei. Die UN wurden vor allem von der Türkei kritisiert, die während des ganzen Bosnienkriegs diplomatisch und in internationalen Organisationen als Fürsprecher der bosnischen Muslime agierte.<sup>7</sup> Frankreich forderte eine Rückeroberung der Schutzzone. Erst in der zweiten Julihälfte gab es Gerüchte über ein Massaker. Erste Flüchtende aus der Enklave und später Überlebende des Massakers machten diesbezügliche Aussagen, nachdem sie auf sicherem Territorium angekommen waren. Einzelne Blauhelmsoldaten gaben ähnliche Aussagen zu Protokoll. Am 24. Juli 1995 wurde schließlich der sogenannte Mazowiecki-Bericht des UN-Menschenrechtsbeauftragten veröffentlicht, der eine Woche lang die Ereignisse um Srebrenica untersucht hatte. Demnach gab es klare Anzeichen, die auf Massenexekutionen schließen ließen. Zudem, formulierte Tadeusz Mazowiecki, seien ca. 7000 Einwohner der Enklave offenbar »verschwunden«.<sup>8</sup> Nur drei Tage später trat er von seinem Amt zurück. Am 10. August wurden die Verbrechen in der Umgebung von Srebrenica im UN-Sicherheitsrat thematisiert. Im Herbst 1995 schoben sich die involvierten Akteure UN, NATO und die einzelnen Staaten gegenseitig die Verantwortung

---

7 Die Türkei sieht sich als Nachfolger des Osmanischen Reiches bis heute als Schutzmacht der europäischen Muslime. Auch hinsichtlich der finanziellen und humanitären Unterstützung der Muslime im Bosnienkrieg spielte die Solidarität der türkischen Politik und Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle: Sowohl die muslimischen Gemeinden als auch der türkische Rote Halbmond sowie bosnische Netzwerke in der Türkei unterstützten die bosnischen Muslime zu Kriegszeiten. Diese Unterstützung reichte von einfachen humanitären Hilfsleistungen bis zur Finanzierung von Waffen. Bis heute wird von den ethnischen und kulturellen »Verwandten« in Südosteuropa gesprochen, vgl. Reljić, Dušan: »Die Türkei weckt alte Lieben und Feindschaften im Westbalkan« (= SWP-Aktuell 2010/A 69), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69\\_rlc\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69_rlc_ks.pdf) vom 16.6.2011, S. 1. Nach dem Fall der Schutzzone gab es in der Türkei Proteste in Form von Demonstrationen, Spendensammlungen und medialer Berichterstattung.

8 United Nations Commission on Human Rights (Hg.): Final Periodic Report on the Situation of Human Rights in the Territory of the Former Yugoslavia, UN-Dok. E/CN.4/1996/9 vom 22.8.1995.

für den Fall der Schutzzone um Srebrenica zu.<sup>9</sup> Die Außenministerkonferenz der islamischen Staaten verurteilte in ihrer Sitzung Mitte Dezember 1995 die »serbische Aggression gegen die Republik Bosnien und Herzegowina, Genozid und terroristische Akte, vor allem das Überrennen der sicheren und demilitarisierten Gebiete von Srebrenica und Žepa« aufs Schärfste.<sup>10</sup> Am 21. Dezember verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, um die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Fall von Srebrenica und Žepa – aber auch in anderen Fällen – zu verurteilen.<sup>11</sup> In den Monaten nach dem Massaker setzte im internationalen Diskurs eine begriffliche Verkürzung ein. Srebrenica wurde zum Symbol für einen irrationalen Exzess von ethnischer Gewalt, der untrennbar mit einer Schuldzuweisung gegenüber »den Serben« verknüpft war.

## Anklagen und Prozesse vor dem ICTY

Von höchster Bedeutung für die Wahrheitsfindung war und ist das seit 1993 bestehende ICTY. Die Bewertung des Massakers von Srebrenica als Völkermord wurde erst durch die Legitimität des ICTY in den internationalen Diskurs über Srebrenica gesetzt, das am 14. November 1995 Ratko Mladić und Radovan Karadžić wegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzungen des Kriegsrechts anklagte.<sup>12</sup> Weitere Anklagen folgten. Schon im November 1996 wurde mit Dražen Erdemović der erste am Massaker von Srebrenica beteiligte Täter medienwirksam verurteilt. Am Wahrheitsgehalt der im Prozess vorgenommenen Rekonstruktion des Ablaufs des Massakers werden bis heute nach-

- 
- 9 Semo, Mar: »Srebrenica, retour sur un massacre. Le général Janvier est accusé d'avoir abandonné l'enclave musulmane tombée en juillet«, in: Libération.fr vom 1.11.1995, <http://www.liberation.fr/monde/0101160055-srebrenica-retour-sur-un-massacre-general-janvier-est-accuse-d-avoir-abandonne-l-enclave-musulmane-tombee-en-juillet> vom 12.5.2011.
  - 10 Organisation of Islamic Cooperation (Hg.): Final Communiqué 23rd Islamic Conference of Foreign Ministers vom 12.12.1995, Organisation of Islamic Cooperation: Final Communiqué of the 23rd Islamic Conference of Foreign Ministers vom 12.12.1995, <http://www.oic-oci.org/english/conf/fm/23/final23.htm#final> vom 21.6.2015. Hier wurde bereits der Begriff Genozid benutzt.
  - 11 United Nations Security Council: Resolution 1034, UN-Dok. S/RES/1034 vom 21.12.1995.
  - 12 International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia: The Prosecutor of the Tribunal Against Radovan Karadzic, Ratko Mladic. Indictment, Fall Nr. IT-95-18-I vom 14.11.1995.

vollziehbare Zweifel erhoben.<sup>13</sup> Erst der Prozess gegen den Kommandanten des Drina-Korps der Armee der *Republika Srpska*, Radislav Krstić, in den Jahren 2000 und 2001 beruhte auf präzisen Ermittlungen und Recherchen, die die Anklage des ICTY unter anderem durch Exhumierungen von 21 primären und sekundären Massengräbern vorgenommen hatte. Im Rahmen dieses Prozesses wurde auch erstmals eine konkrete Opferzahl genannt, die auf konservativen Schätzungen beruhte: Mindestens 7475 Personen seien nach dem Fall der Enklave ermordet worden.<sup>14</sup> Die Verurteilung von Radislav Krstić vor dem ICTY 2001 wegen Völkermords – dieses Urteil wurde 2004 in Beihilfe zum Völkermord revidiert – legte erstmals eine eindeutige Sichtweise fest und bildete einen Referenzpunkt für alle folgenden Narrationen. Die Reaktionen auf das ICTY-Urteil in Serbien und Bosnien-Herzegowina fielen – wie zu erwarten – entsprechend der sich diametral gegenüberstehenden Deutungen sehr gegensätzlich aus.<sup>15</sup>

Das ICTY verhandelte nach der *Causa Krstić* noch eine Vielzahl weiterer mit Srebrenica in Verbindung stehender Fälle. Besonderes Aufsehen in Serbien und Bosnien-Herzegowina erregte der Prozess gegen Naser Orić, der eine wichtige Symbolfigur ist: Während er für die bosnischen Muslime als Rückeroberer serbischen Territoriums und Verteidiger der Enklave bis zu deren Fall gefeiert wird, nimmt ihn die serbische Seite als brutalen Gewalttäter wahr, der sich mit dem Töten und Foltern serbischer Zivilisten öffentlich brüstet. Der im April 2003 festgenommene ehemalige Kommandant der Enklave wurde vor dem ICTY diverser Vergehen im Zusammenhang mit Verbrechen an serbischen Zivilisten angeklagt. Ihm konnten aber nur leichtere Delikte nachgewiesen werden, alle weiteren Anklagepunkte wurden aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Direkt nach der Verkündung des Urteils von zwei Jahren Haft wurde Orić freigelassen. Im Berufungsverfahren wurde zwar festgestellt, dass es Verbrechen gegen serbische Zivilisten gegeben hatte, allerdings konnte auch hier keine direkte Beteiligung Orić' nachgewiesen werden. Erst schien die Verhandlung des Falls Orić vor dem ICTY durch eine Integration der Verbrechen gegen Serben in der Umgebung von Srebrenica in das hegemoniale Srebrenica-Narrativ eine weniger polarisierte Auseinandersetzung mit Srebrenica zu ermöglichen. Der Vorwurf von bosnisch-muslimischer Seite, das Gericht wolle mit dem Fall eine »false

---

13 Čivikov, *Geminal: Srebrenica*. Der Kronzeuge, Wien: Promedia 2009.

14 Brunborg, Helge/Lyngstad, Torkild Hovde/Urdal, Henrik: »Accounting for Genocide. How Many Were Killed in Srebrenica?«, in: *European Journal of Population/Revue européenne de Démographie* 19 (2003) 3, S. 229-248.

15 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 137.

ethnic balance«<sup>16</sup> herstellen, führte aber gemeinsam mit dem unglücklichen Prozessverlauf zu einem gegenteiligen Effekt: der Reaktualisierung der jeweiligen nationalen Narrative beider Konfliktparteien und dem erneuten Vorwurf an das ICTY, die Opfer auf serbischer und bosnisch-muslimischer Seite unterschiedlich zu werten.<sup>17</sup>

## Untersuchungsberichte von *Peacekeeping*-Akteuren

Am 15. November 1999 veröffentlichte UN-Generalsekretär Kofi Annan einen Bericht zum Fall von Srebrenica.<sup>18</sup> Er räumte ein, dass durch »error, misjudgment and an inability to recognize the scope of the evil confronting us, we failed to do our part to help save the people of Srebrenica from the Serb campaign of mass murder.«<sup>19</sup> Annan betonte, »Bosnia was as much a moral cause as a military conflict. The tragedy of Srebrenica will haunt our history forever.«<sup>20</sup> Er forderte die UN-Mitgliedsstaaten zu einem Prozess der Reflexion und der Analyse auf. Das Versagen des Konzepts der Schutzzonen, das fehlende robuste Mandat für etwaige Kampfeinsätze sowie die Frage der Immunität der unter UN-Mandat Handelnden führten nachhaltig zu einer Diskussion über eine Reform der UN-Friedenssicherungsinstrumente.

Im Juli 2000 begann die französische NGO *Médecins Sans Frontières*, die beim Fall der Enklave und den darauf folgenden Ereignissen den Tod von 22 lokalen Mitarbeiter zu beklagen hatte, sich für die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission in Frankreich zu engagieren, um die politische und militärische Verantwortung des eigenen Landes zu untersuchen.<sup>21</sup> Schließlich versprach der französische General Philippe Morillon als Kommandant der *United Nations Protection Force* im März 1993 der Bevölkerung der belagerten Enklave den Schutz durch die UN, was der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution auf eine ju-

16 Ebd., S. 130.

17 Ebd., S. 131.

18 United Nations General Assembly: Report of the Secretary-General Pursuant to General Assembly Resolution 53/35 on The Fall of Srebrenica, UN-Dok. A/54/549 vom 15.11.1999.

19 Ebd., S. 108.

20 Ebd.

21 Nettelfield, Lara J.: *Courting Democracy in Bosnia and Herzegovina. The Hague Tribunal's Impact in a Postwar State* (= Cambridge Studies in Law and Societies), Cambridge, New York: Cambridge University Press 2010, S. 120.

ristische Grundlage stellte.<sup>22</sup> Morrillons Nachfolger Bernard Janvier war 1995 verantwortlich für die nichtweitergeleitete Anforderung von NATO-Luftunterstützung, die möglicherweise die vorrückenden serbischen Einheiten hätte aufhalten können. Die aufgrund des öffentlichen Drucks eingesetzte Expertenkommission der französischen Nationalversammlung veröffentlichte im November 2001 ihren Bericht:

»L'échec des Nations unies à Srebrenica est donc avant toute chose l'échec des Etats qui ont pris des engagements, notamment au sein du Conseil de sécurité, qu'ils n'ont pas respectés, faute de s'en donner les moyens. La raison de fond de la chute de Srebrenica est à rechercher dans l'absence de volonté politique affirmée d'intervenir à Srebrenica: de la France, du Royaume-Uni, des Etats-Unis, des autorités bosniaques de Sarajevo elles-mêmes.«<sup>23</sup>

Gerade Frankreich fiele als ständigem Mitglied im UN-Sicherheitsrat eine besondere Rolle zu. Der Bericht räumte ein, dass der französische General Bernard Janvier der Anforderung nach Luftunterstützung (früher) hätte nachkommen müssen.<sup>24</sup> Er habe aber die bosnischen Serben unterschätzt. Den Vermutungen, es hätte einen »Deal« zwischen Janvier und Mladić gegeben,<sup>25</sup> wurde entgegenet,

---

22 United Nations Security Council: Resolution 819.

23 »Das Versagen der UN in Srebrenica ist in erster Linie ein Scheitern von Staaten, die Verpflichtungen eingegangen sind, insbesondere im Sicherheitsrat, die nicht erfüllt wurden, für die keine Mittel bereitgestellt wurden. Der wesentliche Grund für den Fall von Srebrenica war, dass man in Abwesenheit des politischen Willens – von Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Vereinigte Staaten, die bosnischen Behörden in Sarajevo selbst – versuchte, in Srebrenica zu intervenieren«, aus: Assemblée nationale: Mission d'information commune (1) sur les événements de Srebrenica vom 22.11.2001, XI. législature, Rapport d'information no. 3413, S. 187.

24 Aus der Anhörung vor der französischen Nationalversammlung ging hervor, dass das niederländische Bataillon schon ab dem 6. Juli 1995 um Luftunterstützung gebeten hatte, was aber erst am 10. Juli 1995 an die niederländische Regierung weitergeleitet wurde. Das Dutchbat sei von einem Luftangriff am 11. Juli 1995 ausgegangen, während nur ein begrenzter Lufteinsatz geflogen worden sei.

25 Es wurde vermutet, es habe eine Geheimverhandlung zwischen Janvier, Mladić und dem Kommandanten der serbischen Armee, Momčilo Perišić, gegeben. In dieser hätte Janvier versucht, die Freiheit gefangener französischer UN-Soldaten zu erwirken und im Gegenzug zugesagt, im Falle einer Attacke auf Srebrenica keine Luftschläge zu unternehmen.

dass sich diese Annahmen nicht erhärtet hätten und es keine Beweise dafür gäbe. Aus den Dokumenten im Anhang des Berichts geht aber auch hervor, dass es ebenso keinerlei Beweise gab, die diese Vermutung widerlegten. Der Bericht forderte in seinen Schlussfolgerungen dazu auf, dass Franzosen, Briten und Amerikaner insbesondere die nötigen Mittel wie Gelder für das ICTY bereitstellen sollen, um »diese Verbrecher gegen die Menschlichkeit« zu fassen.<sup>26</sup> Da die Anhörung von Morrillon und Janvier unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, blieben der Bericht und die Beratungen darüber umstritten: Die Wahrheit über Srebrenica und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft sei weiterhin nicht öffentlich gemacht worden.<sup>27</sup> Bis heute hat es keinerlei Ermittlungen gegen General Janvier gegeben. Zudem weigert sich Frankreich, französische Offiziere vor dem ICTY aussagen zu lassen.

Eine zentrale Rolle für die internationale und europäische Srebrenica-Interpretation spielte die niederländische Perspektive, in der zunächst die Hilflosigkeit der zum Schutz der UN-Schutzzone rund um Srebrenica eingesetzten niederländischen UN-Blauhelmsoldaten zum Ausdruck kommt. Während das niederländische Königshaus die Soldaten des niederländischen Bataillons nach ihrer Rückkehr für den geleisteten Einsatz lobte, wurde in den Monaten darauf die Schuldfrage und die Rolle der Blauhelmsoldaten in den niederländischen Medien breit diskutiert.<sup>28</sup> Ihnen wurde vorgeworfen, nichts gegen den unter ihren Augen geschehenen Völkermord an tausenden Menschen unternommen zu haben, die Schutz auf ihrem Gelände gesucht hätten. Während die niederländische Gesellschaft durch eine überaus hohe Spendenbereitschaft große Anteilnahme an dem Schicksal der bosnisch-muslimischen Opfer und ihrer Angehörigen zeigte,<sup>29</sup>

26 Assemblée nationale: Mission d'information, S. 194.

27 Sabljaković, Dževad: »Srebrenica Evidence Kept Under Wraps. French Public Barred from Hearing Crucial Evidence at Srebrenica Parliamentary Inquiry« (= BCR Issue 215), Institute for War & Peace Reporting vom 6.2.2001, <http://iwpr.net/report-news/srebrenica-evidence-kept-under-wraps> vom 29.4.2013.

28 Diese Debatte über Srebrenica, das niederländische Militär und die Bedeutung der Geschehnisse in Srebrenica für die niederländische nationale Identität hielt für Jahre an. Die Erfahrung von Srebrenica hat die holländische Außenpolitik nachhaltig beeinflusst. Vgl. Meulen, Jan van der/Soeters, Joseph: »Dutch Courage: The Politics of Acceptable Risk«, in: *Armed Forces & Society* 31 (2005) 4, S. 537-558.

29 »Between 1996 and 2002, the Dutch spent 592 million euros in Bosnia. Total assistance to Srebrenica-related projects was 33,769,733 euros. On the list they provided, the Women Srebrenica appeared twice, with 38,000 and 37,000 euro donations respectively, both in 1999. The Dutch were also large donors to the memorial center in

verwies das niederländische Bataillon selbst in erster Linie auf das eingeschränkte Einsatzmandat, das ihnen von der UN und ihrer Regierung gegeben worden war. Zur Klärung des Sachverhalts gab die niederländische Regierung 1996 eine Untersuchung bei dem unabhängigen Niederländische Institut für Kriegsdokumentation (NIOD) in Auftrag. 2002 wurde die 3875-seitige Studie<sup>30</sup> veröffentlicht. Das Institut kam zu dem Schluss, dass das niederländische Bataillon aufgrund der Konfliktsituation keinerlei echte Chance gehabt hätte, Frieden zu sichern, »where there was no peace to keep«<sup>31</sup>. Auch wenn der Bericht die niederländischen Soldaten rehabilitierte, wies er eindeutig auf Verfehlungen der niederländischen Regierung hin: »[H]umanitarian motivation and political ambitions drove the Netherlands to undertake an ill-conceived and virtually impossible peace mission«<sup>32</sup>. Die Mission sei weder entsprechend vorbereitet und ausgerüstet gewesen, noch hätte es eine angemessene Koordination zwischen dem Verteidigungs- und Außenministerium gegeben. Zudem sei Unterstützung durch NATO-Luftangriffe ausgeblieben. Sowohl die Niederlande als auch die UN seien ihrer Pflicht nicht nachgekommen.<sup>33</sup> Nach einer außerordentlichen Parlamentsdebatte am 16. April 2002 trat die amtierende Regierung von Premierminister van Kok als Reaktion auf den NIOD-Bericht und das darin konstatierte Versagen zurück. Die Demission der Regierung van Kok war umstritten und wurde sowohl als angemessen hinsichtlich der niederländischen Rolle während des Falls der Enklave als auch als Versuch gewertet, schon früh weitere Diskussionen über die Enthüllungen des NIOD-Reports zu verhindern.<sup>34</sup> Die kritische Auseinandersetzung mit Srebrenica in der niederländischen Öffentlichkeit war damit beendet. Lediglich NGOs wie der *Interkerkelijk Vreedesberaad* (Inter-

---

Potočari and to the ICMP. Some observers commented that donations for things related to the survivors' concerns, like identification and the memorial, were sometimes underappreciated by the groups because those were not directly distributed to them.«, L. Nettelfield: *Courting Democracy*, S. 117.

30 Blom, Johan C. H./Romijn, Peter (Hg.): *Srebrenica. Reconstruction, Background, Consequences and Analyses of the Fall of a ›Safe‹ Area*, Amsterdam: NIOD 2002.

31 Ebd., S. 1424.

32 NIOD Institute for War, Holocaust and Genocide Studies (Hg.): *Dutchbat had to keep the peace where there was no peace. Humanitarian Motivation and Political Ambitions Drove the Netherlands to Undertake an Ill-Conceived and Virtually Impossible Peace Mission*, Presseerklärung vom 10.4.2002, <http://www.niod.knaw.nl/en/srebrenica-report/press-release> vom 5.5.2011.

33 J. C. H. Blom/P. Romijn: *Srebrenica*.

34 L. Nettelfield: *Courting Democracy*, S. 116.

kirchliche Friedensrat) sind auf diesem Feld weiterhin aktiv. Die nachfolgende niederländische Regierung hingegen versuchte, den niederländischen UNEinsatz zu rehabilitieren, und zeichnete die Soldaten des niederländischen Bataillons im Dezember 2006 für ihren Einsatz aus. Seit 1995 transformierte sich die niederländische Erinnerung an Srebrenica von einer Position der Hilflosigkeit und des Versagens in eine Position der Verantwortlichkeit für die Bestrafung der Täter und der Unterstützung der Opfer.

### **Verurteilungen des Völkermords in Srebrenica durch den amerikanischen Kongress und Senat**

Erst die entschiedenen Luftangriffe der NATO, an der die USA maßgeblich beteiligt waren, und die von der amerikanischen Regierung initiierten Verhandlungen zum Abkommen von Dayton führten zu einem Friedensvertrag im Bosnienkrieg. Der Diplomat Richard Holbrooke, der die rivalisierenden Konfliktparteien an einen gemeinsamen Verhandlungstisch brachte, vermittelte auch während der Kosovokrise. Seitdem verstehen sich die USA, vor allem in Bosnien selbst, als Schutzmacht der bosnischen Muslime und der kosovarischen Albaner. Die amerikanische Botschaft in Sarajevo beispielsweise spendete ein Sechstel der Kosten für den Aufbau des Gedenkzentrums in Srebrenica-Potočari, das gleichzeitig Friedhof für die Opfer des Massakers ist. Zudem unterstützen die USA die Souveränität Bosnien-Herzegowinas und des Kosovo.

Anfang Mai 2005 reichten acht Senatoren der Demokraten und der Republikaner im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika einen Resolutionsentwurf ein, der eine grundsätzliche Position des Senats zum Massaker von Srebrenica zum Ausdruck bringen sollte. Ohne Änderungen verabschiedete der Senat am 22. Juni 2005 einen Resolutionstext, der die Ermordung von Tausenden Männern und Jungen aus der Enklave und die Gewaltverbrechen gegen die zivile Bevölkerung durch serbische Kräfte verurteilte. Der Senat beschloss, dass

»the thousands of innocent people executed at Srebrenica in Bosnia and Herzegovina in July 1995, along with all individuals who were victimized during the conflict and genocide in Bosnia and Herzegovina from 1992 to 1995, should be solemnly remembered and honored«<sup>35</sup>.

Die Konfliktinterpretation des Kongresses ist stark opferzentriert und verfolgt eine juristische Verurteilung von Verbrechen und Gewalt. Dementsprechend be-

---

35 United States House of Representatives: Expressing the Sense.

zog sie sich auf die Genozidkonvention und die Verfahren am ICTY. Mit der Formulierung des zweiten Satzes der Resolution nimmt der Kongress dabei auch das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vorweg und weitet die durch die ersten Urteile des ICTY nur für Srebrenica geltende Qualifizierung des Genozids auf ganz Bosnien-Herzegowina aus:

»[T]he policies of aggression and ethnic cleansing as implemented by Serb forces in Bosnia and Herzegovina from 1992 to 1995 meet the terms defining the crime of genocide in Article 2 of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, done at Paris December 9, 1948, and entered into force January 12, 1951«<sup>36</sup>.

Weiterhin fordert die Resolution, dass die UN und ihre Mitgliedsstaaten ihren Anteil an der Verantwortung dafür akzeptierten, das Massaker in Srebrenica und den Völkermord in Bosnien-Herzegowina zugelassen zu haben. Darüber hinaus schrieben die Senatoren in ihr die Strafverfolgung der Täter und die weitere Unterstützung des ICTY fest und weiteten dieses auch als Imperativ für alle Staaten aus. Darüber hinaus sollten die USA eine Politik der Unabhängigkeit und Integrität Bosnien-Herzegowinas und des Friedens und der Stabilität in Südosteuropa verfolgen. Spezifischer soll sie in den Punkten Flüchtlingsrückkehr, Demokratisierung von Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Aufbau wirtschaftlicher Möglichkeiten sowie Aufklärung über das Schicksal vermisster Personen Hilfeleistung leisten.<sup>37</sup> Fünf Tage später verabschiedete nach dem Kongress auch der Senat eine wortgleiche Resolution, die Anfang Mai von vierzig Abgeordneten über die politischen Lager hinweg eingereicht worden war.<sup>38</sup>

### **Urteil des Internationalen Gerichtshof**

Im Februar 2007 fällte der Internationale Gerichtshof sein Urteil über die 1993 eingereichte Klage auf Anwendung der Genozidkonvention. Die Richter des Internationalen Gerichtshofs befanden, dass es zwar schwere Verbrechen während des Bosnienkrieges gegen die muslimische Bevölkerung gegeben habe, dass aber außer im Falle von Srebrenica keine Intention zur Auslöschung eines ganzen Volkes nachzuweisen sei. Der serbische Staat habe zwar die bosnischen Serben in hohem Maße finanziell und militärisch unterstützt, aber eine Mittäter- oder Komplizenschaft für den Völkermord könne Serbien nicht nachgewiesen

---

36 Ebd.

37 Ebd.

38 United States Senate: A Resolution.

werden.<sup>39</sup> Zusammenfassend konstatierte der Internationale Gerichtshof, dass Serbien seiner Pflicht nicht nachgekommen sei, den Völkermord in Srebrenica zu vermeiden sowie für dessen Aufklärung mit dem ICTY zusammenzuarbeiten.<sup>40</sup> Eine direkte Beteiligung des serbischen Staates am Massaker von Srebrenica hingegen wurde nicht nachgewiesen. Während das Urteil in Serbien weitgehend mit Erleichterung aufgenommen wurde, stieß es unter bosnischen Muslimen überwiegend auf Kritik. Ihr Interesse an einem anders ausfallenden Urteilsspruch zielte auf drei Punkte: Erstens hätte eine Verurteilung Serbiens den Nachweis einer politischen beziehungsweise moralischen Schuld erbracht – in einer kollektiven Dimension, die vor dem ICTY nicht verhandelt wird. Zweitens wären hohe Entschädigungszahlungen die Folge gewesen. Und drittens wollte man den Fall benutzen, um auf das Ausmaß des Leidens der eigenen ethn nationalen Gruppe hinzuweisen.<sup>41</sup>

### **Resolutionen des Europarats und des Europäischen Parlaments zu Srebrenica**

Anlässlich des zehnten Jahrestags des Massakers von Srebrenica unterschrieben 2009 37 Abgeordnete der parlamentarischen Versammlung des Europarats, das heißt weniger als neun Prozent aller Parlamentarier, eine Deklaration. Sie beschrieben, dass die Täter des Verbrechens in Srebrenica »had Serbian names and carried the Serbian flag. That is truth which all of us, and Serbian society before all, should confront.« Hinsichtlich der Aufarbeitung des Kriegsverbrechens

---

39 Auf Grundlage der zensierten Teile der Protokolle des Obersten Verteidigungsrats Jugoslawiens kommt Carla del Ponte zu einer anderen Interpretation, da diese eindeutig belegten, »dass die serbischen Kriegshandlungen in Bosnien-Herzegowina unter Leitung und Kontrolle Serbiens stattfanden. Aus ihnen geht hervor, dass Belgrad diese Kriegshandlungen finanzierte und unterstützte und die bosnisch-serbische Armee, obwohl offiziell seit 1992 von der jugoslawischen Armee unabhängig, dennoch nichts weiter als deren Anhängsel war.« C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 458 f.

40 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Judgment.

41 Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs verringerte das Vertrauen vieler Bosniaken in internationale Instrumente zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, stattdessen wurde danach vermehrt auf lokale Instrumente gesetzt. Vgl. J. Subotić: Hijacked Justice, S. 140.

bezogen die Abgeordneten deutlich Position und konstatierten, dass »[t]hat road of catharsis shall free us from a collective guilt but it requires pointing at commanders and perpetrators of that crime and rapid action on their arrest«.<sup>42</sup>

Einen deutlich höheren Stellenwert hatte die auf Initiative der Europäischen Grünen hin verabschiedete Entschließung des Europäischen Parlaments zur »Zukunft des Balkans zehn Jahre nach Srebrenica«.<sup>43</sup> Mit Verweisen auf den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, den Gipfel von Thessaloniki, UN-Resolutionen und den aktuellen Bericht von UN-Chefanklägerin del Ponte wird die Resolution im internationalen und europäischen Kontext verortet und bestätigt diese Instrumente, Institutionen und die von ihnen vorgenommenen Interpretationen. Srebrenica wird als Tragödie beschrieben und die Morde spezifischer als wahllose Hinrichtungen während eines tagelangen Gemetzels. Da die Entschließung im direkten Nachhall der Veröffentlichung des *Škorpion*-Videos erfolgte, erweiterte sich der Täterkreis. Benannt werden bosnisch-serbische Einheiten unter dem Kommando Mladić' und paramilitärische Einheiten »einschließlich irregulärer serbischer Polizeieinheiten, die von Serbien aus in bosnisches Gebiet eingedrungen waren«.<sup>44</sup> Zudem werden vielfache Verstöße gegen die Genfer Konventionen genannt. Srebrenica wird als »Symbol für die Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft« gewertet, der es nicht gelang, »in den Konflikt einzugreifen und Unschuldige zu schützen«.<sup>45</sup> Explizit wird auf die fehlenden Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen, die sich »auf den Ablauf der Ereignisse äußerst negativ ausgewirkt haben«.<sup>46</sup> Überraschend ist das Eingeständnis, dass es nach wie vor nicht möglich sei, die Ereignisse in und um Srebrenica vollständig zu rekonstruieren. Nichtsdestotrotz wird Gerechtigkeit als erstes Ziel postuliert, als Instrument dazu wird auf das ICTY verwiesen – und auf die Qualifizierung als Genozid im Krstić-Urteil. Schließlich fordert das Europäische Parlament ein Gedenken im Duktus eines »Nie wieder!«,

---

42 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Srebrenica, Written Declaration Nr. 366 vom 8.7.2005.

43 Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Zukunft des Balkans zehn Jahre nach Srebrenica, EP-Doc. P6\_TA(2005)0296 vom 7.7.2005

44 Ebd., S. 1.

45 Ebd., S. 2.

46 Ebd.

»dass diese unsägliche Schande in Europa das letzte Massaker gewesen sein muss, das im Namen einer auf Volkszugehörigkeit basierenden Ideologie begangen wurde; bekräftigt, dass es alles in seiner Macht Stehende tun wird, um zu verhindern, dass sich eine derartige grauenhafte Barbarei in Europa jemals wieder ereignet.«<sup>47</sup>

In insgesamt drei Paragraphen geht das Parlament auf den politischen Umgang mit dem *Škorpioni*-Video und dem Gedenken an Srebrenica ein. Während es die vom Präsidenten durchgesetzte schnelle Strafverfolgung und die Zusage des Premierministers lobte, an der Gedenkfeier in Srebrenica teilzunehmen, bedauerte es, dass die vorgeschlagene Resolution zu einer Verurteilung des Massakers nicht angenommen wurde. Weiterhin kritisierten die Volksvertreter die in Serbien dominante Geschichtsauffassung und forderten mehr Engagement der serbischen Regierung auf diesem Feld: Das Europäische Parlament

»verleiht seiner ersten Sorge darüber Ausdruck, dass immer noch zu einem beträchtlichen Teil in der serbischen öffentlichen Meinung die Kriegsverbrechen gegen muslimische Zivilisten nicht zugegeben werden; ermutigt die serbische Regierung nachdrücklich, Maßnahmen zu ergreifen, um der Nation die Vergangenheit vor Augen zu führen und der Verherrlichung mutmaßlicher Kriegsverbrecher Einhalt zu gebieten; erkennt, dass die Veröffentlichung des besagten Srebrenica-Videos durch serbische Fernsehsender in den Abendnachrichten ein erster Schritt in diese Richtung ist, unterstreicht jedoch, dass viel mehr getan werden muss, um die Geschichtsklitterungen, die von der Bevölkerung für wahr gehalten werden, zu beseitigen«<sup>48</sup>.

Die Universalisierung des Gedenkens an Srebrenica wurde vom Europäischen Parlament weiter vorangetrieben, das seinerseits eine Initiative von bosniakischer Seite aufnahm. Nachdem die Vizepräsidentin des Parlaments Diana Wallis und der slowenische Abgeordnete Jelko Kacin 2008 an der Gedenkveranstaltung in Srebrenica-Potočari teilnahmen, setzten sich mit Munira Subašić und Murat Tahirović zwei Vorsitzende von bosnischen Opfer- und Hinterbliebenenverbänden gemeinsam mit dem Großmufti Reis-ul-ulema Dr. Mustafa Cerić für eine Resolution des Europäischen Parlaments zur Einrichtung eines europaweiten Gedenktags an Srebrenica ein. Am 15. Oktober 2008 übergaben sie einen Resolutionsvorschlag an das Präsidium des Europäischen Parlaments, der weitgehend übernommen wurde.<sup>49</sup> Während die bosniakischen Vertreter in ihrer Resolution

---

47 Ebd., S. 3.

48 Ebd., S. 4.

49 Vgl. H. Karge: »Nie wieder Srebrenica«, S. 135.

nicht auf andere Opfer der Kriege im ehemaligen Jugoslawien verwiesen, warben sie dafür, einen Gedenktag zur Erinnerung »an die unschuldigen Opfer von Genozid« einzurichten. Heike Karge schließt daraus, dass das Europäische Parlament aller Opfer der Kriege gedenken und dabei den Opfern von Srebrenica eine besondere Würdigung zukommen lassen wolle, während die bosniakischen Vertreter beabsichtigten, den Völkermord in Srebrenica zu einem »Symbol für alle Kriegsverbrechen – beziehungsweise tatsächlich generell für Völkermord«<sup>50</sup> – zu stilisieren. Am 15. Januar 2009 verabschiedete das Parlament schließlich die fraktionsübergreifend initiierte Resolution. Darin gedenkt es

»aller Menschen, die während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien Opfer von Gewalttaten wurden, und zollt ihnen Respekt; spricht den Angehörigen der Opfer, die oftmals keine endgültige Gewissheit über das Schicksal ihrer Verwandten haben, sein Mitgefühl aus und bekundet seine Solidarität mit ihnen; erkennt an, dass der anhaltende Schmerz noch dadurch vergrößert wird, dass die Urheber dieser Taten bislang nicht vor Gericht gestellt wurden.«<sup>51</sup>

Kern der Resolution ist die Initiative, des Jahrestags des Massakers angemessen zu gedenken, indem alle EU-Mitgliedsländer den 11. Juli zum Gedenktag an den Völkermord von Srebrenica erklären und auch die Staaten des westlichen Balkans aufgefordert werden, dasselbe zu tun. Weiterhin betont das Parlament die Relevanz von strafrechtlicher Verfolgung durch das ICTY und mahnt an, dass Verfahren wegen Kriegsverbrechen auf innerstaatlicher Ebene stärkere Beachtung geschenkt werden müsse. Es »hebt die Bedeutung von Aussöhnung als Teil des Europäischen Integrationsprozesses hervor« und formuliert die Erwartung, dass weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um »eine von Problemen und Konflikten geprägte Vergangenheit aufzuarbeiten und zu bewältigen«<sup>52</sup>.

Innerhalb von wenigen Monaten kamen alle EU-Staaten dieser Aufforderung nach.<sup>53</sup> Damit wurde die Erinnerung an Srebrenica neben anderen Massenver-

---

50 Ebd., S. 135 f.

51 Europäisches Parlament: 11. Juli: Tag des Gedenkens.

52 Ebd.

53 Auch in den USA und in Kanada wird der 11. Juli als Gedenktag für das Massaker von Srebrenica begangen. Maßgeblich für die Einführung von Gedenktagen waren lokale bosniakische Lobbygruppen.

brechen<sup>54</sup> in den Kanon einer europäischen negativen Erinnerungskultur eingeordnet. Der europaweite Gedenktag und seine Unterstützung suggerieren eine gemeinsame Deutung der ihn mittragenden Länder.

Der Text der EU-Resolution ist eindeutig in der Darstellung und Bewertung der Ereignisse des Massakers von Srebrenica, das »das schwerste Kriegsverbrechen [...] seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa« sei und gemäß der Interpretation des ICTY klar als Völkermord klassifiziert wird.<sup>55</sup> Die Rollen in Srebrenica werden eindeutig zugeschrieben: Als Täter werden »bosnisch-serbische Soldaten unter dem Kommando von General Ratko Mladić und paramilitärische Einheiten, darunter auch irreguläre serbische Polizeieinheiten, die von Serbien aus in bosnisches Hoheitsgebiet eingedrungen waren«, identifiziert. Weiterhin wird auf die Ermittlungen des ICTY und auf General Radislav Krstić, der wegen Beihilfe zum Völkermord schuldig befunden wurde, sowie auf Radovan Karadžić verwiesen, den damaligen Präsidenten der *Republika Srpska* und Befehlsggeber des Militärführers Mladić. Als Opfer werden 8000 getötete muslimische Männer und Jungen sowie ca. 25.000 zwangsverschleppte Frauen, Kinder und alte Menschen angegeben. Zusätzlich zu den bereits genannten Verbrechen werden Massenvergewaltigungen genannt.<sup>56</sup> Anders als 2005 benennt das Europäische Parlament 2009 zwar kurz das »Unvermögen der internationalen Gemeinschaft« – in diesem Zusammenhang wird das Massaker euphemistisch als »Tragödie« bezeichnet<sup>57</sup> –, bleibt an dieser Stelle hinsichtlich der eigenen Rolle allerdings vergleichsweise unkritisch, auch wird die Europäische Gemeinschaft nicht mehr erwähnt.<sup>58</sup>

## Bewertung internationaler Deutungsfestschreibungen

Es sind bis heute die Hauptakteure um das Massaker von 1995 sowie die zivilgesellschaftlichen Vertreter der Opfergruppen, die das Gedenken an Srebrenica wachhalten.

---

54 Wie der 2002 eingerichtete »Tag zum Gedenken an den Holocaust und zur Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit« am 27. Januar, den ebenfalls 2009 eingeführten europäischen Gedenktag an die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus am 23. August.

55 Ebd., S. 2.

56 Ebd., S. 1.

57 Ebd.

58 Vgl. ausführlich einordnend H. Karge: »Nie wieder Srebrenica«, S. 136.

Die Erinnerung der am *peacekeeping* beteiligten Akteure ist geprägt von dem Ringen um die Zuschreibung von Verantwortung für den Völkermord, nachdem Bemühungen, den Konflikt zu regeln und den Frieden zu sichern, das Massaker nicht verhindert hatten. Die Auseinandersetzung und Aufarbeitung wird durch das Einsetzen von Untersuchungskommissionen und das Veröffentlichende entsprechender Berichte deutlich. Während es den Akteuren dabei in erster Linie um eine Selbstreflexion der eigenen Rolle und des eigenen Versagens ging, hat das niederländische NIOD den Bosnienkrieg auch in seiner historischen Dimension untersucht. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand scheint eine Art Vergessen oder Verdrängen der eigenen Position während des Bosnienkriegs und der Zeit des Massakers einzusetzen, die bei der Reaktualisierung nunmehr immer unkonkreter wird oder, wie im Fall des Europäischen Parlaments, gar nicht mehr auftaucht. Es ist zu vermuten, dass die eigene Position als Dritter in der Rückschau nicht (mehr) als relevant für die Konfliktdynamik erachtet wird und die Erinnerung an das eigene Versagen nicht zur Identität passt, die die Akteure gegenwärtig von sich konstruieren. Folglich werden die für die eigene Identität problematischen Erinnerungen mehr oder minder systematisch vergessen. Darüber hinaus stellen die internationalen Deklarationen Opfer und Täter beziehungsweise die Ideologien, die die Tat legitimierten, in das Zentrum ihrer Deutungsfestschreibungen.

Die internationalen Deutungsfestschreibungen rekurrieren auf die Akteure von 1995: muslimische Opfer auf bosnischem Territorium, bosnisch-serbische und serbische (para-)militärische Täter sowie eine versagende internationale Gemeinschaft. Mit der Benennung von bosnisch-serbischen, serbischen regulären und paramilitärischen Einheiten nehmen sie eindeutige Täterzuweisungen vor. Weitere Konkretisierungen von Tätern und Tat sind unterschiedlich, immer wird jedoch General Ratko Mladić erwähnt. Oftmals werden klare Wertungen vorgenommen, die an die justiziellen Strafbestände angelehnt sind. Mit dem Verweis auf Tausende oder konkreter 8000 muslimische Männer und Jungen sowie Gewaltverbrechen und Vertreibung der Zivilbevölkerung erfolgt eine komplementäre Opferzuschreibung. Die Opfer werden durchgängig als Zivilisten oder sogar, wie im Fall der amerikanischen Erklärungen, als unschuldig bezeichnet.

Synchrone Deutungskämpfe wurden im Laufe der Zeit von vornehmlich westlich dominierten Narrativen eingehegt und hegemonial festgeschrieben. Eine besondere Rolle spielt dabei die juristische Aufarbeitung durch das ICTY

und andere Institutionen.<sup>59</sup> Juristische Wertungen nehmen die gleiche Funktion ein, die die legitimatorische Geschichtsschreibung für andere Erinnerungstopoi erfüllt. Sie entscheiden über die »richtigen« Narrative von Verbrechen, indem sie vermittels des positiven Geltungsanspruchs der Justiz festlegen, was »wahr« ist.<sup>60</sup> Zwar können internationale Gerichte wie das ICTY nationalistische Mythen über Verbrechen und Krieg dekonstruieren, allerdings urteilen sie in hochpolitisierten Kontexten. So stellt nationalistische Gegenmobilisierung die Legitimität des Gerichts an sich in Frage, wie das serbische Beispiel zeigt. Die komplexitätsreduzierenden, partiellen Darstellungen eines den universalistischen Menschenrechtsnormen verpflichteten Gerichts wie des ICTY kollidieren oftmals mit nationalen oder lokalen Darstellungen; Konflikte sind vorprogrammiert. Zudem bleiben die dichotomen Freund-Feind-Identitäten nach Konflikten durch die erneuten Zuweisungen der bipolaren Kategorien von schuldigen Tätern und unschuldigen Opfern erhalten.

Dies wird mit der Verwendung des Terminus Völkermord unterstützt, die sich noch vor dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs als hegemoniale Deutung des Massakers durchgesetzt hat. Der Menschenrechtsdiskurs und das internationale Regime der *transitional justice* setzten mit Referenz auf die Rechtsprechung des ICTY, des Internationalen Strafgerichtshofs sowie der Genozidkonvention und der politischen Unterstützung der USA eine eindeutige Deutung hegemonial durch, mit welcher sich sowohl Opfergruppen, globale *advocacy networks* aus internationalen Organisationen und NGOs als auch Beteiligte der *international community* identifizieren können. Der Prozess der Inanspruchnahme war dabei ein zweiseitiger: Während die Bosniaken mit der Verwendung des Genozidbegriffes eine Anschlussfähigkeit ihres Anliegens und

---

59 Vgl. Wilson, Richard Ashby: »Judging History. The Historical Record of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia«, in: *Human Rights Quarterly* 27 (2005) 3, S. 908-942, oder breiter diskutiert in: ders.: *Writing History in International Criminal Trial*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2011. Zur Problematik von Historikern als Zeugen bei Gericht siehe Petrović, Vladimir: *Historians as Expert Witnesses in the Age of Extremes*, Dissertation, Budapest 2009.

60 Das Verhältnis von Recht und Narrativität ist mehrdimensional, es umfasst »the function and necessity of stories in actual court settings, the fictional and non-fictional representations of legal cases in popular culture, and the repercussion of stories about legal issues on the process of law«, Schwarz, Claudia: »Sentenced to »Storification«. A Trial on Legal Narratives«, in: Gudrun M. Grabher/Anna Gamber (Hg.): *Legal Narratives. European Perspectives on U.S. Law in Cultural Context*, Wien: Springer 2009, S. 213-238, hier S. 213.

internationale Unterstützung beabsichtigten, war die internationale Gemeinschaft nach Srebrenica dankbar, diese Deutung aufzunehmen und für ihre Zwecke zu wenden. Der Anschluss an die Praktiken der Holocausterinnerung ist offensichtlich und hält seit den Parallellisierungen Anfang der 90er Jahre auch semantisch an. Eine Zweiteilung des diskursiven Raumes in sich dichotom gegenüberstehende Opfer- und Täterrollen ist dabei implizit.

Die eindeutige Zuweisung der Täter-Opfer-Relation vermied eine weitere Auseinandersetzung mit Fragen des Kontexts, der Schuld und Verantwortlichkeiten. Die Schuldfrage schien eindeutig geklärt. Der Internationale Gerichtshof entlastete zwar in seinem Urteil den serbischen Staat, da sich aber die internationale Position danach nicht änderte und serbische Opfer muslimischer Gewalt weiter eine Leerstelle bleiben, kann das serbische Narrativ, demzufolge die Serben von internationalen Akteuren oder dem Westen oder der EU kollektiv verurteilt und bestraft würden, weitergetragen werden. Die Konditionalisierung der Bereitstellung von Finanzhilfen, der Re-Integration in internationale Organisationen oder des EU-Integrationsprozess mit der Aufarbeitung der Vergangenheit befördern diese Deutung noch.

Auf internationaler Ebene umfassen die Vorstellungen der Aufarbeitung des Massakers von Srebrenica neben der Auseinandersetzung mit dem eigenen institutionellen Versagen immer die Strafverfolgung der Täter durch das ICTY und die Qualifizierung des Verbrechens als Genozid. Darüber hinaus wird eine Wiedergutmachung durch eine politische und finanzielle Unterstützung der Opfer sowie bei der Stabilisierung der Region signalisiert. Einzelne Mitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europaparlaments fordern sogar eine Katharsis. Die internationalen Deklarationen dienen nicht nur der Positionierung gegenüber dem Kriegsverbrechen, sondern definieren gleichzeitig die gegenwärtigen Politiken der jeweiligen Staaten und Institutionen. Darin enthalten sind ihre monetäre und politische Unterstützung des ICTY, Versprechen eines institutionellen Lernens aus der Versagenserfahrung und die Unterstützung des Friedens- und Stabilisierungsprozesses der Region. Zum Teil werden konkrete Politiken formuliert, wie im Fall der amerikanischen Deklarationen oder der Resolutionen des Europäischen Parlaments, in den meisten Fällen bleiben sie allerdings implizit. Das bedeutet nicht, dass die impliziten Botschaften weniger wirksam wären – wie exemplarisch die Ankündigung, dass der amerikanische Kongress eine Deklaration zur Verurteilung des Massakers von Srebrenica verabschieden würde, im politischen Diskurs Serbiens zeigte. Explizit sind die Verhaltenserwartungen in den Resolutionen des Europäischen Parlaments, die einem Kriterienkatalog einer angemessenen europäischen Erinnerungspolitik nach massiven Menschenrechtsverbrechen entsprechen. Dieser umfasst eine staatliche Verurtei-

lung von Kriegsverbrechen, die Strafverfolgung von Tätern, eine angemessene, opferzentrierte Gedenkpraxis durch Staatsoberhäupter, ein Verbot der Leugnung der Verbrechen oder einer Verherrlichung der Täter sowie die 2009 nachgelieferte Einführung eines europaweiten Gedenktags.

Gemeinsam bilden die Deklarationen und Deutungsfestschreibungen ein symbolisches transnationales Normregime, das ein hegemoniales Narrativ über die Deutung des Massakers von Srebrenica und des Bosnienkriegs sowie damit verbundene Verhaltenserwartungen umfasst. Dieses Normregime hat klare Grenzen. Da Relativierungen des muslimischen beziehungsweise internationalen Narrativs nicht toleriert und Kontextualisierungen schnell mit dem Vorwurf der »Srebrenica-Leugnung« disqualifiziert werden, mobilisiert eine diskursive Koalition für ein Gegennarrativ zu den internationalen Deutungsfestschreibungen. Die Vielzahl an proserbischen Publizisten, Wissenschaftlern und linken Intellektuellen sehen ihrerseits die Machtverhältnisse eines imperialistischen Westens der 90er Jahre fortgesetzt, der eine Zerschlagung Jugoslawiens aus ökonomischen und imperialistischen Gründen betreibt. Eine weitere Grenze scheint die Auseinandersetzung der internationalen Akteure mit dem eigenen Versagen über die bisherigen deklaratorischen Bekundungen hinaus zu sein. Den Forderungen nach Schadensersatz und Entschuldigungen wurde bislang kaum nachgekommen.

Auf Ebene der globalen und europäischen Politik erfüllt Srebrenica eine symbolische Integrationsfunktion. Durch die negative Erinnerung an den Völkermord wird die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft ausgedrückt, die mit Bezug auf universelle Normen wie den Menschenrechtsdiskurs und die Genozidkonvention eine besondere moralische Legitimität aufweist. Auf globaler Ebene ist Srebrenica Teil einer variierenden Diskurskoalition, die eine Wiederholung dieser Gräueltaten in einem drohenden neuen Völkermord suggeriert, wenn keine Intervention erfolge. Schon in den ersten Monaten des Bosnienkrieges stellten amerikanisch-jüdische Lobbyorganisationen eine Analogie zum Holocaust auf.<sup>61</sup> Gerade das Ausbleiben eines angemessenen Eingreifens zum Schutz der bosnischen Bevölkerung, das Versagen, wird zur Grundlage einer neuen Identität. Aus dem »stain on our collective conscience«<sup>62</sup> wird eine neue Haltung abgeleitet, die eine Anteilnahme an entfernten Konflikten und einen

---

61 Vgl. D. Levy/N. Sznajder: Erinnerung im globalen Zeitalter, S. 184-190.

62 Der amerikanische Präsident Barack Obama bei einer Rede an der Universität Kairo in Bezug auf die Konflikte in Bosnien und Darfur, vgl. Obama, Barack: Remarks by the President at Cairo University, Pressemitteilung vom 6.4.2009, <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-cairo-university-6-04-09> vom 13.5.2013.

außenpolitischen Imperativ suggeriert. Die Verknüpfung von Srebrenica mit dem Holocaust fiel insbesondere in Europa und vor allem in Deutschland auf fruchtbaren Boden. Erstmals machten Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Analogie von Srebrenica und Auschwitz während der Debatte über den Auslandseinsatz der Bundeswehr 1999 im Kosovokrieg prominent.<sup>63</sup> Seitdem wird die Diskurskoalition Srebrenica – Holocaust zunehmend relevant und erfüllt durch ihre normative Aufladung eine wirkmächtige Legitimationsfunktion, um in der öffentlichen Meinung westlicher Gesellschaften Unterstützung für militärische Interventionen in (Bürger-)Kriegen aus humanitären Gründen zu generieren.<sup>64</sup>

Darüber hinaus wurde Srebrenica als negative, gesamteuropäische Erinnerung institutionalisiert. Die Deutung, derzufolge Srebrenica das größte Verbrechen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs sei, verweist sowohl auf die Zugehörigkeit zu Europa als auch in einem zweiten Schritt auf das Versagen der internationalen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Lesart von Srebrenica als negative gesamteuropäische Erinnerung wird sowohl im öffentlichen Mediendiskurs sowie in den symbolischen Gedenkakten der EU fortgesetzt und jährlich reaktualisiert als auch von zukünftigen Mitgliedsstaaten explizit erwartet.

## 4.2 DEKLARATIONEN SERBISCHER AKTEURE 2005-2010

Die serbische Deutung von Srebrenica hat ganz andere Referenzpunkte als die internationale, sie ist vor allem diachron angelegt. Schon im Zweiten Weltkrieg war die Region rund um Srebrenica Schauplatz zahlreicher Auseinandersetzungen zwischen der lokalen muslimischen und serbischen Bevölkerung gewesen. Angehörige der von Kroaten dominierten, aber auch bosnische und albanische Muslime umfassenden Ustaše und serbische Četnici hatten die jeweils andere Gruppe und ihre Dörfer im Zeitraum von 1941 bis 1943 überfallen und massakriert.<sup>65</sup> In der serbischen Bevölkerung wurden diese Erinnerungen und Erfah-

---

63 Vgl. den Wandel der deutschen Rhetorik ausführlich bei M. Schwab-Trapp, Kriegsdiskurse.

64 Beispielhaft ist die Forderung nach einer Intervention in Syrien zur Verhinderung eines Massakers in Homs, vgl. Suljagić, Emir/Bajrović, Reuf: »Keine Schutzzone ohne Schutz«, in: Zeit online vom 2.3.2012, <http://www.zeit.de/2012/10/P-oped-Suljagic> vom 2.3.2012.

65 G. Duijzings: »Commemorating Srebrenica«.

rungen reaktualisiert: von den lokalen wie den überregionalen Medien, vor allem aber durch die seit 1992 regelmäßig verübten Überfälle von muslimischen Truppen unter Führung von Naser Orić, dem militärischen Kommandanten der Enklave Srebrenica. Schon seit den 1980ern wurden Interpretationen im serbischen Medien- und Wissenschaftsdiskurs populär, die Gegenwart durch die historische Erfahrung – vor allem des Zweiten Weltkriegs – nationalistisch zu deuten.<sup>66</sup> Im Kontext des sogenannten Genoziddiskurses, in dem man sich mit den Kroaten um Schuld, Verantwortung und die Höhe der Opferzahl im Zweiten Weltkrieg stritt, wurde der Eindruck erweckt, dass die Serben schon seit der Schlacht auf dem Amselfeld Opfer genozidaler Politik anderer politischer Mächte gewesen seien: der Türken, der Österreicher, der Deutschen und der mit ihnen kollaborierenden Kroaten und Muslime sowie des Vatikans. In diesem Kontext wurde auch die Politik innerhalb Jugoslawiens und dessen Zerfall gedeutet.

## Resolutionsvorschläge 2005

In ihrem Entwurf »Deklaration über die Verpflichtungen des Staates Serbien, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte der Opfer von Kriegsverbrechen zu schützen, besonders der Opfer des Völkermords in Srebrenica«<sup>67</sup>, forderten die Frauen in Schwarz, das Zentrum für Regionalismus, das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, das Anwaltskomitee für Menschenrechte und der Fonds für Völkerrecht, dass Serbien die eingegangenen internationalen Verträge zu Menschenrechten erfülle und die Normen in der eigenen Verfassung einhalte sowie seine Politik ihnen angemessen ausgestalte. Im Zentrum steht Srebrenica, das konsequent als Völkermord oder als Verbrechen qualifiziert wird. Weder Täter noch Opfer werden näher spezifiziert, lediglich Mladić konkret benannt. Immer wieder wird Bezug genommen auf die internationalen vertraglichen Verpflichtungen.

- 
- 66 Vgl. T. Sindbæk: Usable History?; Hayden, Robert M.: »Recounting the Dead: The Rediscovery and Redefinition of Wartime Massacres in Late- and Post-Communist Yugoslavia«, in: Rubie S. Watson (Hg.): Memory, History and Opposition under State Socialism, Santa Fe/New Mexico: School of American Research Press 1994, S. 167-184.
- 67 Vgl. bis zum Ende des Absatzes: ljudska prava: »Deklaracija o obavezama države Srbije da preduzme sve mere zaštite prava žrtava ratnih zločina, a posebno žrtava genocida u Srebrenici« [Deklaration über die Pflichten des Landes Serbiens alle Maßnahmen zu ergreifen zum Schutz der Opfer von Kriegsverbrechen, insbesondere der Opfer des Genozids in Srebrenica], in: Peščanik.net vom 31.5.2005, <http://pescanik.net/predlog-teksta-deklaracije-o-srebrenici/> vom 21.6.2015.

tungen Serbiens, die es einzuhalten gelte. Zu Beginn geht die Resolution auf die Völkermordkonvention sowie auf die Verpflichtungen als Mitglied der UN, in der Kooperation mit dem ICTY und im Rahmen des Prozesses der Annäherung an die EU ein. Weiterhin werden im Einzelnen die Regelungen im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UN, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Grundrechte, die Verfassung Serbien-Montenegros, die Charter über Menschen- und Minderheitenrechte und das Gesetz über nationale Minderheiten in Serbien und Montenegro genannt. Konkrete Maßnahmen für eine echte Aufarbeitung, die mit einem fundamentalen Wertewandel einhergehen sollte, werden beschrieben. Demnach sollen alle ideologischen Rechtfertigungen für Verbrechen aufgedeckt und bestraft sowie die gefällten juristischen Urteile in Bezug auf das Massaker von Srebrenica respektiert werden. Besonders würdigt der Text den Schutz und die Rechte der Opfer und ihrer Angehörigen. So solle das Eingeständnis, dass das Verbrechen in »unserem Namen« begangen wurde, an Opfer und deren Angehörige klar kommuniziert werden, um sich mit diesem »legitimen und moralischen Handeln« von dem Verbrechen zu distanzieren: »Die Opfer haben ein Recht darauf und erwarten das von uns.«<sup>68</sup>

Die SPO verfasste eine sehr emotionale »Deklaration anlässlich des 10. Jahrestages des Kriegsverbrechens in Srebrenica«<sup>69</sup>, in der sie das während des Bosnienkriegs begangene Verbrechen verurteilte. Den Schmerz der Angehörigen teilend, bat sie diese darum,

»in ihren Herzen einen Unterschied zu machen zwischen den Henkern und dem serbischen Volk, das so oft im 20. Jahrhundert, in zwei Weltkriegen, und vor allem im Zweiten, das Opfer von Unvernunft wurde. Wir bitten auch die Familien und Landsleute der in Srebrenica Getöteten anzuerkennen, dass die, die töteten und das Verbrechen begingen, nicht die Serben und nicht Serbien vertreten, sondern eine vom Volk entfremdete Ordnung des Terrors und des Unglücks, welcher die Serben und Serbien kräftigen Widerstand leisteten und und wofür sie den höchsten Preis zahlten. Die Mehrheit Serbiens trug einen schwarzen Trauerflor für Srebrenica und für Sarajevo und für jedes unschuldige Opfer, wo auch immer auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, während es [Serbien, D. M.], am Willen des serbischen Volkes vorbei, in Blut ermordet wurde.«

---

68 Ebd.

69 Vgl. bis zum Ende des Absatzes SPO: Deklaracija povodom desete godišnjice ratnog zločina u Srebrenici [Deklaration anlässlich des 10. Jahrestages des Verbrechens in Srebrenica], Beograd 2005: SPO.

Als Täter werden sowohl als »Henker« die direkt Handelnden als auch die indirekt Agierenden benannt, die die Verbrechen organisiert und befohlen haben. Sie seien keine Helden. Da das Verbrechen durch »serbische Hand und Waffen« – wenn auch am Willen des serbischen Volks vorbei – begangen worden sei, sei es auch ein Verbrechen am serbischen Volk, welches so oft im 20. Jahrhundert Opfer gewesen sei. Die SPO forderte, einen Unterschied zwischen den Henkern und dem serbischen Volk zu machen. Gleichzeitig verurteilte sie das Massaker, drückte ihr Mitgefühl aus und forderte eine Verfolgung der Täter – nicht ohne unerwähnt zu lassen, dass es viele solcher »Srebrenicas« am serbischen Volk gegeben habe.

Die DSS verurteilte in ihrer »Deklaration«<sup>70</sup> alle Verbrechen, die in der neuesten Geschichte Jugoslawiens begangen worden sind. Darunter fasst sie insbesondere Massenkriegsverbrechen und »gemeinschaftliches Unglück« während des Bürgerkriegs in den 1990er Jahren, in welchem das serbische Volk das größte Opfer gewesen sei. Sie betont, dass die Täter Einzelne seien und Vor- und Nachnamen hätten. Auch die unschuldigen Opfer hätten Vor- und Nachnamen gehabt. Sie fordern eine Aufklärung und Bestrafung aller nichtaufgeklärten Verbrechen, sowohl der in den 90er Jahren verübten als auch derjenigen, die zu den Massengräbern und Richtstätten des Zweiten Weltkriegs geführt haben. Zur Erforschung der Wahrheit wird eine unabhängige Institution gefordert. Alle Verbrechen, zwischen denen man keinen Unterschied machen dürfe, müssten verurteilt werden – für die Zukunft, Würde und Selbstachtung der Bürger Serbiens. Als Ziel wird kollektive Heilung angestrebt. Die Deklaration scheint widersprüchlich, da die DSS einerseits eine universale Anwendung von Werten wie Wahrheit und der Verurteilung aller Verbrechen proklamiert und damit eine Gleichheit aller Verbrechen suggeriert, aber gleichzeitig betont, dass die Serben die größeren Opfer seien.

Die SRS wiederum verurteilt in ihrem Vorschlag ebenfalls jedes Verbrechen, das während des Kriegsgeschehens auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien begangen wurde.<sup>71</sup> Zwar zeige sie sich »überzeugt davon, dass im Krieg Verbrechen vorbei am Wissen und dem Einfluss des Staates Serbien und seiner

70 Vgl. bis zum Ende des Absatzes DSS: Deklaracija o osudi ratnih zločina na prostoru nekadašnje Jugoslavije [Deklaration über die Verurteilung der Kriegsverbrechen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien], Belgrad: DSS 2005.

71 Vgl. bis zum Ende des Absatzes o. V.: »Poigravanje sa zločinima. Svaka stranka pravi svoju deklaraciju o osudi ratnih zločina« [Herumtanzen mit den Verbrechen. Jede Partei macht ihre eigene Erklärung über die Verurteilung von Kriegsverbrechen], in: Blic vom 16.6.2005, S. 2.

Bürger begangen wurden«, eine Verantwortung des Staates oder die kollektive Schuld seiner Bürger für die im Krieg begangenen Straftaten hingegen lehnt sie ab. Anhand der Vergehen auf dem Gebiet Bratunac, Srebrenica, der serbischen Republik Krajina und Klečka, an denen mit Ausnahme von Srebrenica Taten gegen Serben begangen wurden, verurteilt die SRS Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Zwar wird hier eine allgemeine Verurteilung signalisiert, durch die Aufzählung von Ortsnamen wird aber eine selektive Wahrnehmung deutlich. Weiterhin verlangt die SRS von den anderen Staaten in der Region eine Verurteilung und weist darauf hin, dass alle Kriegsparteien Verbrechen begangen haben.

Die DS hält ihren Vorschlag sehr knapp. Sie verurteilt alle Verbrechen, die während des Kriegsgeschehens auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden, und gedenkt deren Opfer und »namentlich das an den Angehörigen des bosniakischen Volks begangene Kriegsverbrechen im Bezirk Srebrenica«<sup>72</sup>.

Parlamentspräsident Predrag Marković versuchte mit einem weiteren Deklarationsvorschlag zwischen den verschiedenen Fraktionen zu vermitteln. In ihm sollten alle Verbrechen verurteilt werden, die während der kriegerischen Ereignisse auf dem Territorium Jugoslawiens begangen wurden, die Marković weiter beschreibt:

»Während und nach dem Zerfall der SFRJ [sozialistisch-föderative Republik Jugoslawien, D. M.], durch die Nichtbeachtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, gegen das Gesetz und versteckt vor der kompletten Öffentlichkeit, wurden individuelle und organisierte Übeltaten begangen.«<sup>73</sup>

In seinem Vorschlag wird die Untersuchung von Rechtsbrüchen durch serbische Behörden zugesichert. Besonders Verbrechen gegen Zivilisten wie in Srebrenica und Bratunac dürften nicht nur im Rahmen von Gedenkfeiern Gegenstand der Aufarbeitung sein.

Die Erklärung des Ministerrats, die statt einer parlamentarischen Resolution erfolgte, verurteilte das Verbrechen in Srebrenica auf das Schärfste. Jede Verteidigung eines Verbrechens sei auch ein Verbrechen, und Serbien und Montenegro vergebe und vergesse kein Verbrechen. Außerdem fühle der Ministerrat mit dem

---

72 Ebd.

73 O. V.: »Zločin ne sme biti zaboravljen.« [Verbrechen darf nicht vergessen werden], in: Blic vom 11.6.2005, S. 2.

Schmerz der Familien der Opfer. Weiterhin forderte er eine Differenzierung und bat auch die Angehörigen der Opfer,

»in ihren Herzen einen Unterschied zu machen zwischen den Verbrechern auf der einen und den Völkern Serbiens und Montengros auf der anderen Seite. Die, die in Srebrenica gemordet haben, und die, die dieses Massaker befohlen und organisiert haben, repräsentieren nicht Serbien und nicht Montenegro, sondern ein undemokratisches Regime des Terrors und des Todes, dem die große Mehrheit der Bürger Serbiens und Montenegros den stärksten Widerstand geboten hat«<sup>74</sup>.

Für die Staatenunion sei Srebrenica ein großes Verbrechen an der Geschichte, Tradition und Kultur des serbischen und montenegrinischen Volks wie auch an all ihren Opfern in den früheren Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und in zwei Weltkriegen. Man dürfe nicht ein Verbrechen vergessen, ungeachtet, wer die Verbrecher und wer die Opfer seien.<sup>75</sup>

### Resolutionsvorschlag 2007

Anlässlich des Urteils des Internationalen Gerichtshofs 2007 reichte die LDP einen neuen Resolutionsvorschlag ein. In dieser »Erklärung über die Verpflichtungen der staatlichen Organe der Republik Serbien zur Erfüllung der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs«<sup>76</sup> wird das Massaker von Srebrenica konsequent als Genozid qualifiziert. Im Deklarationsentwurf wird auf zahlreiche internationale Abkommen und Institutionen verwiesen, denen gegenüber sich Serbien verpflichtet hat. Serbien solle die Verantwortung seiner Staatsorgane und vor allem von Ratko Mladić für die Verletzung der Völkermordkonvention anerkennen, wie es das Urteil des Internationalen Gerichtshofs bestätigt habe. Damit sei auch die Festnahme aller vom ICTY Angeklagten verbunden. Da es nicht möglich sei,

74 R. D./M.T.: »Odbrana zločina je takode zločin« [Die Verteidigung des Verbrechens ist auch ein Verbrechen], in: *Danas* vom 16.6.2005, S. 1.

75 Ebd.

76 Vgl. bis zum Ende des Absatzes o. V.: »Inicijative koalicije oko LDP. Predlog Deklaracije o genocidu u Srebrenici« [Initiative der Koalition um die LDP. Vorschlag einer Deklaration über den Völkermord in Srebrenica], in: *Helsinška povelja 12* (2007) 103/104, S. 47.

»eine demokratische, offene und gerechte Gesellschaft in Serbien zu schaffen, ohne die Verbrechen in der Vergangenheit aufzuarbeiten, einschließlich und besonders des auf dem Gebiet der geschützten Enklave Srebrenica begangenen Völkermords«<sup>77</sup>,

werden weitergehende Maßnahmen gefordert. Jede Glorifizierung, Rechtfertigung oder Relativierung des Völkermords und aller anderen Verletzungen des internationalen Rechts stellen Verbrechen dar und bedrohen die verfassungsmäßige Ordnung, die Gegenwart und Zukunft Serbiens. Die Menschenrechte anzuerkennen und Verantwortung dafür zu übernehmen impliziert auch, die Opfer zu achten und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und symbolische Reparationen nachzukommen und zu garantieren, dass sich die Verbrechen aus der Vergangenheit nicht wiederholen werden. Verbrechen zu vergessen und die Ideen zu rehabilitieren, die Verbrechen und ihre Täter rechtfertigen, stellen neue Verbrechen dar, die nicht akzeptiert werden dürften und unter Strafe gestellt werden müssten. Zudem erfordere die Notwendigkeit der Aufarbeitung der Vergangenheit ein System von Institutionen, Mechanismen und Prozessen. In einem weiteren Absatz wendet sich die Resolution mit einer aufrichtigen Entschuldigung und tiefstem Beileid an alle Opfer und ihre Angehörigen von Verbrechen, die »in unserem Namen begangen wurden«<sup>78</sup>. Srebrenica wird hier besonders herausgestellt. Darüber hinaus verpflichtet sich Serbien, eine Außenpolitik der gutnachbarlichen Beziehungen und der territorialen Integrität von Bosnien-Herzegowina zu betreiben. Zudem sichere die Republik Serbien zu, alle Normen zu achten, die sich aus der Völkermordkonvention ergeben, jede Anstiftung zu nationalem, rassistischem und religiösem Hass und Kriegspropaganda zu ahnden und zu bestrafen sowie jeden Versuch klar zu verurteilen, der Verbrechen relativiere, »die in unserem Namen während des Krieges in Bosnien und Herzegowina begangen wurden – insbesondere in der geschützten Enklave Srebrenica«<sup>79</sup>. Der Resolution gemäß solle Serbien umgehend ein Gesetz einführen, das Rechenschaft für die Verletzung von Menschenrechten abverlangt und es Personen verbietet, öffentliche Aufgaben wahrzunehmen, wenn sie für massive Menschenrechtsverletzungen während des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien verantwortlich sind. Das Justizsystem solle gestärkt werden, um Straftaten zu ahnden, die Elemente des Völkermords, von Menschenrechtsverletzungen, der Anstiftung zu nationalem, rassistischem und religiösem Hass und Intoleranz der Kriegspropaganda aufweisen oder die zu

---

77 Vgl. ebd.

78 Vgl. ebd.

79 Vgl. ebd.

einem Angriffskrieg aufrufen. Ein politischer und öffentlicher Dialog müsse geschaffen werden, der es nachhaltig verunmögliche, Verbrechen zu rechtfertigen. Dass Verbrechen zu verurteilen sind, solle sich auch im Bildungssystem niederschlagen. Die internationalen moralischen Normen sollten in Zukunft die Grundlage staatlichen Handelns bilden.<sup>80</sup>

Die LSV und der *Savez Vojvodjanskih Madara* (Rat der Ungarn der Vojvodina, SVM) schlugen eine gemeinsame Deklaration<sup>81</sup> zu Srebrenica vor, in der sie betonten, dass das Massaker nicht nur ein auf dem Territorium des früheren Jugoslawien begangenes Kriegsverbrechen sei, sondern das umfassendste, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa verübt worden sei. In Referenz auf den Internationalen Gerichtshof wird von Völkermord gesprochen. Die Opfer werden als Bosniaken bezeichnet, als wichtiges Attribut wird angeführt, dass sie unbewaffnet gewesen seien. Es wird auf die Schuld der unmittelbaren Täter verwiesen und gleichzeitig betont, dass man auch diejenigen berücksichtigen müsse, die das Verbrechen »anzettelten, genehmigten oder vertuschten«, weiterhin wird deutlich formuliert, dass in die »Vorbereitung, Durchführung und das Verleugnen des Verbrechens in Srebrenica [...] Einzelne mit hohen Funktionen in der Republik Serbien und in den Staatsapparaten der Republik Serbien aktiv involviert« waren.<sup>82</sup>

In der Deklaration wird konstatiert, dass die Beziehung zu Srebrenica die Zukunft des Landes und der kommenden Generationen bestimmen wird und ein klares Bekenntnis zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs sowie die Verurteilung des Verbrechens notwendig seien. Die Fraktion fordert, aus dem Leiden der Opfer und ihrer Angehörigen zu lernen, und spricht sich gegen jede Relativierung, Ethnonationalismus und Kriegstreiberei aus. Weiterhin werden weitgehende Maßnahmen für eine gesellschaftliche Aufarbeitung angekündigt, inklusive einer Anpassung von Lehrplänen und Schulbüchern an das Urteil des Internationalen Gerichtshofs.

Nach der vom europäischen Parlament verabschiedeten Resolution, die den 11. Juli zum europaweiten Gedenktag an den Völkermord in Srebrenica einführt, brachte die SDU im Vorlauf des Jahrestags des Massakers von Srebrenica 2009 noch einmal die Deklaration der NGOs von 2005 ins Gespräch. Dieser Initiative wurde allerdings kaum Aufmerksamkeit zuteil, da sie keinerlei politische Unterstützung bei den einflussreicheren Parteien fand.<sup>83</sup>

80 Vgl. ebd.

81 N. Čanak: »Antiratni aktivisti«, die Deklaration wurde im Volltext neben dem Artikel abgedruckt.

82 Ebd.

83 SDU: Deklaracija o obavezama.

## Resolutionsvorschläge 2010

Bereits nach wenigen Wochen Debatte über eine Resolution zu Srebrenica brachte die DSS den Resolutionsvorschlag erneut ein, den sie bereits 2005 vorgeschlagen hatte. Die Jugendorganisation der Partei organisierte eine Kampagne unter dem Titel »Srebrenica – Nicht in meinem Namen«, zu der auch ein Youtube-Video gehörte.<sup>84</sup>

Erst drei Tage vor der Sitzung des Parlaments veröffentlichte die Regierungskoalition ihren Resolutionsvorschlag. Darin verurteilte sie das Verbrechen an der bosnischen Bevölkerung und weiterhin

»alle gesellschaftlichen und politischen Prozesse und Erscheinungen, die zur Bildung eines Bewusstseins geführt haben, in welchem man eigene nationale Ziele mit Waffengewalt und physischer Gewalt gegen Angehörige anderer Völker und Religionen verwirklichen könne«<sup>85</sup>.

In ihrem Vorschlag wurde die Zusammenarbeit der serbischen Behörden bei der Untersuchung der Ereignisse und bei der Suche nach Ratko Mladić zugesagt. Zwar wird auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs referiert, trotzdem wurde der Terminus »Völkermord« nicht erwähnt. Um dem Bedürfnis nach Anerkennung der serbischen Opfer nachzukommen, wird die Erwartung ausgedrückt, dass auch die anderen Länder in der Region die Verbrechen an der serbischen Bevölkerung verurteilen.

Die Liberaldemokraten formulierten als Reaktion auf den Vorschlag der Regierungskoalition Ergänzungen wie eine Referenz auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs, in dem die Verbrechen in Srebrenica als Genozid qualifiziert werden, sowie die Einführung des 11. Julis als Gedenktag, die Anführung der Verbrechen, für die Ratko Mladić angeklagt wird, die Garantie der Rechte und

---

84 DSS Omladina (Hg.): »Srebrenica – Ne u moje ime« [Srebrenica – Nicht in meinem Namen], <http://www.youtube.com/watch?v=pCIMTdn-DjM> vom 28.4.2013.

85 Volksversammlung der Republik Serbien: Deklaracija Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi zločina u Srebrenici [Deklaration der Volksversammlung der Republik Serbien über die Verurteilung des Verbrechens in Srebrenica] vom 31.3.2010, [http://www.parlament.gov.rs/upload/archive/files/lat/pdf/ostala\\_akta/2010/Rs31-10Lat.zip](http://www.parlament.gov.rs/upload/archive/files/lat/pdf/ostala_akta/2010/Rs31-10Lat.zip) vom 28.4.2013.

des Status der *Republika Srpska* und die Würdigung aller Opfer von Gewalt während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien.<sup>86</sup>

Am Tag der Debatte brachte die Fortschrittspartei ihrerseits einen Vorschlag ein. Darin werden nachdrücklich

»alle im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien begangenen Verbrechen, Verbrechen gegen das serbische Volk und die von Angehörigen des serbischen Volkes begangenen Verbrechen gegen Angehörige anderer Nationen, insbesondere das Verbrechen, das gegen die bosniakische Bevölkerung von Srebrenica im Juli 1995 begangen wurde«<sup>87</sup>,

verurteilt. Interessant ist hier die Reihenfolge der Auflistung: »alle – serbische – bosniakische«, die eine klare Priorisierung und damit eine Ungleichheit von Opfern ausdrückt. Es folgt das Eingeständnis, dass Serbien und die internationale Gemeinschaft dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs gemäß bei besserer Zusammenarbeit »diese Tragödie« hätte verhindern oder ihr Ausmaß deutlich reduzieren können. Die Fortschrittspartei fordert eine konsequente innerstaatliche Strafverfolgung und ein Ende der Prozesse vor dem ICTY. Angestrebt werden Versöhnung und das Fortsetzen des Zusammenlebens in der Region auf Basis der Menschenrechte. Die Verurteilung von Verbrechen durch andere Staaten der Region wird erwartet.

## Deklaration für die serbischen Opfer 2010

In der Resolution zur »Verurteilung der an den Angehörigen des serbischen Volkes begangenen Verbrechen« ist allgemein von Verbrechen gegen Angehörige des serbischen Volkes und Bürger Serbiens während des »brutalen bewaffneten

---

86 LDP: Amandmani LDP na deklaraciju o Srebrenici. Izjava predsednika Liberalno-demokratske partije Čedomira Jovanovića [Ergänzungen der LDP zur Erklärung über Srebrenica. Äußerungen des Präsidenten der liberaldemokratischen Partei Čedomir Jovanović], Pressemitteilung vom 28.3.2010, <http://istina.ldap.rs/Vesti/12752/Amandmani-LDP-na-deklaraciju-o-Srebrenici.shtml> vom 8.8.2014.

87 Vgl. bis zum Ende des Absatzes Nikolić, Tomislav: Predlog Deklaracije Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi svih zločina učinjenih u građanskom ratu u bivšoj Jugoslaviji i posebno zločina u Srebrenici. Predlog poslanike SNS-a [Vorschlag einer Erklärung der Nationalversammlung der Republik Serbien über die Verurteilung aller im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien verübten Verbrechen und besonders des Verbrechens in Srebrenica] vom 30.3.2010, Belgrad: Narodna Skupština Republike Srbije 2010.

Konflikts«<sup>88</sup> die Rede, konkreter werden im weiteren Wortlaut die an den Serben und Bürgern Serbiens begangenen Verbrechen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie des Kosovo verurteilt. Die Täter werden nicht im Einzelnen benannt. Zentral in der Resolution sind Strafverfolgung, Wahrheit, Versöhnung sowie die Gleichbehandlung aller Täter und Opfer. Für innenpolitische Konflikte sorgten die fehlende Erwähnung des EU-Mitglieds Slowenien und der Umstand, dass die Deklaration die Bombardierung Serbiens durch die NATO 1999 aus außenpolitischer Rücksichtnahme nicht verurteilte. Stattdessen wurde eine schwächere Formulierung gewählt, die lediglich »Bedauern und Solidarität« mit den Opfern der Bombardierung zum Ausdruck brachte. Die Opposition warf der Regierungskoalition vor, dass dies einer Amnestierung der NATO gleichkäme, und unterstützte die Deklaration nicht.<sup>89</sup>

Die Deklaration für die serbischen Opfer wurde international kaum thematisiert. Sie diene in erster Linie dazu, sich mit den Gegnern der Srebrenica-Resolution und denjenigen im Land auszusöhnen, die sich mit der Srebrenica-Deklaration als »Tätervolk« verunglimpft sahen. Sie war aber nicht weitreichend genug, um wirklich integrativ zu wirken und den Vertretern des »patriotischen« Opferdiskurses nachhaltig ihr Mobilisierungspotential zu nehmen. Eine Integration gelingt nun erst den »Patrioten«, die seit 2012 an der Macht sind und die serbischen Themen diplomatisch, aber ohne Umschweife auch vor die internationalen Organisationen tragen. Ihr Ansatz des Umgangs mit Kriegsverbrechen beinhaltet allerdings auch, von Serben begangene Kriegsverbrechen zu relativieren und zu rechtfertigen.

## Analyse und Vergleich serbischer Deklarationen

Augenscheinlich ist bei der Analyse der serbischen Deklarationsvorschläge, dass der Gegenstand der Resolutionsentwürfe in unterschiedlicher Weise spezifisch

---

88 Vgl. bis zum Ende des Absatzes Volksversammlung der Republik Serbien: Deklaracija Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi zločina učinjenih.

89 Volksversammlung der Republik Serbien: Stenografske beleške. Druga sednica Drugog redovnog zasedanja. Predlog deklaracije Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi zločina učinjenih nad pripadnicima srpskog naroda i građanima Srbije [Stenografisches Protokoll. Zweite Sitzung der zweiten regulären Periode. Vorschlag einer Erklärung der Volksversammlung der Republik Serbien über die Verurteilung der an den Angehörigen des serbischen Volkes und den Bürgern Serbiens begangenen Verbrechen] vom 14.10.2010, Belgrad: Narodna Skupština Republike Srbije 2010.

ist: So wird im serbischen Fall mal nur das Massaker von Srebrenica verurteilt, mal alle Verbrechen – zum Teil noch mit der Einschränkung »gegen die Zivilbevölkerung«. Zudem fällt die große Varianz in den Zuweisungen der Kategorien Verbrechen, Täter, Opfer und der Versöhnungskonzepte ins Auge, die sich teilweise gegenseitig auszuschließen scheinen. Sogar die Frage, wie die Jugoslawienkriege der 90er zu benennen sind, scheint weiterhin umstritten. 2005 benutzten alle Fraktionen technische Formulierungen wie während »des Kriegsgeschehens im Raum des früheren Jugoslawien« oder »Verbrechen, die auf dem Territorium der früheren sozialistisch-förderativen Republik Jugoslawien« begangen wurden. Es wurde vermieden, den Krieg darüber hinaus zu charakterisieren oder zu qualifizieren. In den Folgejahren ist in den unterschiedlichen Deutungen von Bürgerkrieg, Kriegsgeschehen, einem brutalen bewaffneten Konflikt oder den bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren sozialistisch-föderativen Republik Jugoslawien die Rede. Srebrenica wird als Verbrechen, Massaker, Völkermord und »das umfassendste Kriegsverbrechen, das seit dem Zweiten Weltkrieg auf europäischem Boden verübt wurde«<sup>90</sup>, bezeichnet. Die NGOs, die Liberaldemokraten und die Abgeordneten aus der Vojvodina benutzen sogar die Qualifizierung Völkermord, letztere erweitern den Fokus sogar auf »Verbrechen, die in *unserem* Namen während des Krieges in Bosnien und Herzegowina begangen wurden«<sup>91</sup>. Darüber hinaus erfolgt, anders als in den internationalen Deklarationen, die eine konkretere Situationsbeschreibung vornehmen, keine nähere Darstellung des Verbrechens.

Bei den Opferzuweisungen ist mal von bosnischen oder bosniakischen, mal von unbewaffneten oder gefangenen und zivilen Bosniern und teilweise auch von Serben die Rede. Diese Varianz deutet auf zwei Umstände hin: Erstens ist für die meisten Serben noch nicht endgültig geklärt, ob alle in Srebrenica Ermordeten Zivilisten waren; zweitens ist für viele nicht nachvollziehbar, warum man dem Massaker von Srebrenica eine Sonderstellung verleihen soll, indem man es mit einer gesonderten Deklaration verurteilt. Die Sonderstellung, die dem Massaker von bosniakischen und den internationalen Narrativen zugeschrieben wird, wird nicht geteilt. Dieser Konflikt erinnert, wenn auch natürlich auf einer anderen Ebene angesiedelt, an die Auseinandersetzungen während des Historikerstreits in Deutschland, als die Vergleichbarkeit von Verbrechen und die Singularität des Holocaust diskutiert wurden.

Anders als bei den internationalen Resolutionen findet sich in den serbischen Deklarationen und Entwürfen nur selten eine konkrete Benennung von Tätern.

90 N. Čanak: »Antiratni aktivisti«.

91 Ebd., Herv. D. M.

Während öfters Ratko Mladić als Kommandoführer angeführt wird, wird die aktive Rolle von serbischen staatlichen Institutionen lediglich von der LDP und der LSV/SVM erwähnt. Interessant sind die Erklärungsversuche und Beschreibungen für die Prozesse in Serbien und der Region in den 90er Jahren. Die NGOs bezeichnen diese als »Politik des Verbrechens«<sup>92</sup>, die LSV/SVM als »Ethnonationalismus, Kriegstreiberei und blinde[n], unkritische[n] Patriotismus« sowie als »Wahnsinn des Krieges, die ethnonationalistische Verdummung und die Einbringung des Unwesens in das Bewusstsein unserer Leute«<sup>93</sup>. Auch die verabschiedete Parlamentsdeklaration zu Srebrenica spricht von

»gesellschaftlichen und politischen Prozessen und Erscheinungen, die zur Bildung eines Bewusstseins geführt haben, in welchem man eigene nationale Ziele mit Waffengewalt und physischer Gewalt gegen Angehörige anderer Völker und Religionen verwirklichen könne«<sup>94</sup>.

Diesen Schuldeingeständnissen diametral entgegengesetzt stehen die Formulierungen der DSS, der SRS und der SPO, die die Unschuld des serbischen Volkes betonen. Die DSS und die SPO stellen sogar heraus, dass das serbische Volk in den Jugoslawienkriegen das größte, aber auch im Zweiten Weltkrieg und im sozialistischen Jugoslawien Opfer gewesen sei. Mit diesen Selbstviktimisierungen wird eine Art »Opfer-Pole-Position« eingenommen. Darüber hinaus können sie in Kombination mit der von der SPO verwendeten Entlastung, dass das Massaker von Srebrenica »am Willen des serbischen Volkes vorbei« und »verdeckt von der Öffentlichkeit«<sup>95</sup> verübt wurde, und der Geste, dass man die moralische Größe besäße, die Verbrechen an den anderen zu verurteilen, als Versuch gelesen werden, sich als überlegen zu inszenieren. Dies drückt sich in den Worten der DSS wie folgt aus: »Als Erstes unter den Opfern muss Serbien als Erstes alle Verbrechen verurteilen.«<sup>96</sup>

Neben Srebrenica wird auch auf andere Verbrechen referiert: Während die SRS mit Bratunac, Srebrenica, der serbischen Republik Krajina und Klečka ausschließlich auf Orte von Verbrechen an Serben verweist, zählt die DSS neben Bratunac und zwei kroatischen Militäroperationen zur Rückeroberung des von

92 Komitet pravnika za ljudska prava et. al.: Deklaracija o obavezama.

93 N. Čanak: »Antiratni aktivisti«.

94 Volksversammlung der Republik Serbien: Deklaracija Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi zločina u Srebrenici.

95 SPO: Deklaracija povodom desete godišnjice.

96 DSS: Deklaracija o osudi.

Serben besetzten Gebiets mit Tuzla und Sarajevo noch zwei Orte auf, an denen Verbrechen gegen die bosniakische Zivilbevölkerung von serbischen Einheiten verübt wurden. Auch werden indirekt eigene Ansprüche formuliert: Die SRS fordert das Engagement der UN für die Rückkehr in eigene Häuser, was sich im diskursiven Kontext nur auf die Situation der Serben in Kroatien beziehen kann. Indirekt drückt die Fortschrittspartei mit ihrem Bekenntnis zur Achtung des Völkerrechts und zu der territorialen Integrität sowie der Souveränität aller UN-Mitgliedsstaaten auch ihren Standpunkt gegenüber dem Kosovo in der Srebrenica-Deklaration aus.

In den Deklarationsentwürfen können unterschiedliche diskursive Entlastungsstrategien<sup>97</sup> identifiziert werden:

- erstens der Individualisierung der Verantwortung, indem Verbrechen als Taten Einzelner dargestellt werden. Dadurch wird das ethnonationale Kollektiv und der Staat entlastet;
- zweitens einer Generalisierung. Da alle Seiten Kriegsverbrechen begangen hätten, wird die eigene Verantwortung relativiert und das Fehlverhalten entexotisiert und legitimiert. Häufig wird dann eine Gleichbehandlung aller Kriegsverbrechen verlangt und sich pauschal entschuldigt, um die eigene Verantwortung nicht sichtbar zu machen;
- drittens der Relativierung Srebrenicas, indem man es in eine Reihe mit anderen Verbrechen stellt;
- viertens einer Externalisierung von Verantwortung, indem andere Täter und Verantwortliche benannt werden. Hierunter fallen auch die Distanzierung vom Täterkreis, der im Zuge einer Schuldabwehr von der SPO als unserbisch markiert wurde;
- fünftens der Seitenwechsel, wie ihn die SPO vornimmt, als sie den kräftigen Widerstand des serbischen Volkes – und nicht nur vergleichsweise marginalen Teilen dessen – gegen die Verantwortlichen betont und auf eine Solidarisierung mit den Bosniaken schon während des Konflikts referiert, oder die SRS, die behauptet, die Verbrechen seien vorbei am Wissen und dem Einfluss des Staates Serbien und seiner Bürger begangen worden; und

---

97 Der Strategiebegriff ist hier nicht im Sinne der Intentionalität zu verstehen, sondern bezeichnet im Anschluss an Foucault die theoretischen Ordnungs- und Konstitutionsprinzipien der verschiedenen Segmente einer diskursiven Formation, vgl. Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens* (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 356), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, S. 96.

- sechstens einer Schuldübertragung, das heißt eines Ablenkens von der eigenen Verantwortung, indem auf die Schuld anderer an Kriegsverbrechen verwiesen wird. Das kann dadurch erreicht werden, dass andere wie der Westen oder die Bosniaken auch für das gleiche Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht werden, wie es manches Mal im innerserbischen Diskurs zu Srebrenica zu finden ist. In der Kommunikation nach außen wird die Schuld der anderen Konfliktparteien für Kriegsverbrechen an Serben zur Ablenkung von der eigenen Verantwortung verwandt.

Des Weiteren konnten Strategien identifiziert werden, die der innenpolitischen Positionierung und Legitimierung dienen:

- die nationalistische Vereinnahmung, indem durch den Verweis auf ein größeres Opfer auf serbischer Seite der Fokus verschoben wird;
- die Überlegenheit im sozialen Vergleich. Beide Strategien werden in der Erklärung der DSS deutlich, die ein besonderes serbisches Interesse an der Aufklärung und Verurteilung von Verbrechen anführt, da Serbien »als erstes unter den Opfern [...] auch erster im Verurteilen aller Kriegsverbrechen sein«<sup>98</sup> müsse; und
- die Rechtfertigung der Verurteilung gegenüber einem innenpolitischen Publikum durch Funktionalisierung, wie von der DSS praktiziert, die die Zukunft, Würde und Selbstachtung der Bürger Serbiens in den Vordergrund stellt.

Unterschiedliche Akteure vertreten verschiedene Konzepte von Aufarbeitung. Allen gemein sind die Identifizierung von Tätern und Opfern sowie die Forderung nach Strafverfolgung. LDP, SDU, GSS und LSV/SVM machen deutlich, dass sie neben der Befolgung der internationalen Verpflichtungen Serbiens eine tiefgehende, opferzentrierte Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen fordern, mit der ein grundlegender Wandel politischer Werte einhergehen soll. Sie entstammen aus dem Umfeld des Konzepts der moralischen Verantwortung einer Gesellschaft für die Taten des Regimes, das Sonja Biserko während der *Vreme*-Debatte 2002 vertrat. Dazu gehört, Kriegsverbrechen deutlich zu benennen, wie Srebrenica als Genozid zu bezeichnen unter Referenz auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs. Die LDP und die NGOs fordern weiterhin die Einführung des 11. Julis als Gedenktag in Serbien. Der Ansatz kollektiver Verantwortung und die Qualifizierung von Srebrenica als Genozid markieren den grundlegenden Unterschied zu allen anderen Parteien. Während die SPO neben Strafverfolgung

---

98 DSS: Deklaracija o osudi.

ein »Mitfühlen« mit den Opfern und ihren Angehörigen fordert und damit an eine Grundkategorie menschlichen Verhaltens appelliert, stellt die DSS als Ziel »kollektive Heilung« in Aussicht und Wahrheit als Grundkonzept der Aufarbeitung in den Mittelpunkt. Die SNS legt den Schwerpunkt für die Aufarbeitung auf Versöhnung, wie auch die Regierungskoalition Wahrheit und Versöhnung kombiniert. Während sich die ehemalige Regimepartei SPS bis 2010 gar nicht zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen positionierte, vertritt sie nun mit der DS eine Position der Mitte. Sie galt 2010 als intern gespalten. Ihre Forderung nach einer Gleichbehandlung aller Täter und Opfer ist eine implizite Kritik an der selektiven Gerechtigkeit der internationalen Strafjustiz.

Erstaunlich ist der Wandel der SNS. Das gleiche Personal, das im Rahmen der SRS in den 90er Jahren für die Kriege mobilisierte, 2005 vornehmlich Entlastungsstrategien verwandte und Verbrechen an der Zivilbevölkerung allgemein ächtete, verurteilte als SNS 2010 die Verbrechen an der bosniakischen Bevölkerung und benannte die Täter als Angehörige des serbischen Volkes. Darüber hinaus forderte es eine innerstaatliche Strafverfolgung und ein Ende der Prozesse vor dem ICTY – ein Punkt, in dem sich die Parteiführung durchgängig treu blieb, wie auch die reduzierte Zusammenarbeit mit dem ICTY seit 2012 bestätigt.

Der Blick auf die parlamentarische Deklaration 2010 deutet eine neue Qualität des Umgangs mit den Jugoslawienkriegen in Serbien an, da sich Regierung und Parlament aus Eigeninitiative mit der Verabschiedung einer Deklaration befassen und die mediale Debatte darüber drei Monate anhielt. Obwohl dieser politische Diskurs breit angelegt war und bisweilen sehr hitzig geführt wurde, und trotz der großen medialen Aufmerksamkeit blieb die Debatte erstaunlich technisch. Gerade von Seiten der proeuropäisch geprägten Akteure wurde die diskursive Allianz aus der Verurteilung des Massakers von Srebrenica und dem zukünftigen Beitritt Serbiens zur EU verwendet, um breite Unterstützung zu erhalten. Deutlich kommunizierten Regierungspolitiker, dass die Verurteilung Srebrenicas ein notwendiger Schritt auf dem Weg in die EU sei. Neben der Erfüllung dieser Maßnahme sollte die Verabschiedung auch auf normativer Ebene symbolische Zugehörigkeit zu Europa ausdrücken. Weiterhin diene den Regierungspolitikern die Deklaration als doppelte innenpolitische Ressource, indem sie politische Gegner mit dem Vorwurf einer unmoralischen oder antieuropäischen Haltung innenpolitisch disqualifizierten.<sup>99</sup> Die Notwendigkeit einer ak-

---

99 »Europäisch« wird innerhalb Serbiens oftmals damit gleichgesetzt, dass Parteien reformorientiert, Wohlstand versprechend, freiheitlich und nichtnationalistisch orientiert.

tiven Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege geriet hierbei in den Hintergrund.

Die formale Trennung einer Deklaration für die Opfer von Srebrenica von der Monate später verabschiedeten Resolution für die serbischen Opfer war zentral, da sie nicht nur den Opfern des Massakers gegenüber Ehrerbietung zum Ausdruck bringt, sondern auch das Alleinstellungsmerkmal Srebrenicas anerkennt. Im letzten Absatz der Deklaration wurde allerdings doch auf die serbischen Opfer verwiesen und die Erwartung ausgedrückt, dass die anderen Länder des ehemaligen Jugoslawien auch die Verbrechen an Serben verurteilen. Somit separierte die Deklaration die Themenkomplexe zwar nicht konsequent, doch nur indem sie so formuliert wurde, konnte sie auch verabschiedet werden, ohne mit einer Erklärung für alle Kriegsverbrechen eine Relativierung zu riskieren, wie von der Opposition gefordert.

Die Verabschiedung der Deklaration erzielte einen dreifachen Fortschritt: Erstens beschäftigten sich die politischen Organe des Landes unverblümt mit dem Thema Kriegsverbrechen. Zweitens trug mit der SPS auch die ehemalige Milošević-Partei die Verurteilung von Srebrenica 2010 mit. Und drittens erfuhr die Theorie eines gerechtfertigten Verbrechens nun auch offene Kritik. Zudem kann mit der parlamentarischen Erklärung auf ein offizielles Dokument der eigenen Regierung verwiesen werden, das die Position lokaler Normunterstützer stärkt. Trotzdem ist die Deklaration 2010 in erster Linie als politischer Kompromiss zu werten, »that neither sought nor achieved broader political or social legitimacy«<sup>100</sup>. Sie diene als außenpolitisches Instrument, ohne Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels zu sein oder als Grundlage für einen solchen zu dienen. Darüber hinaus bestätigte sie die anhaltende ideologische Teilung der Gesellschaft und reflektierte die politischen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Verabschiedung. Gleichzeitig offenbarte die Resolution, dass die Kompromissformel des Parlaments recht nah an der Meinung der Öffentlichkeit war: Einer Umfrage des Gallup Balkan Monitors nach der Verabschiedung durch das Parlament gemäß unterstützten 40,8 Prozent der befragten serbischen Bürger diese Deklaration, während sie von 28,9 Prozent gänzlich abgelehnt wurde. 25,7 Prozent votierten zwar für die Verabschiedung der Resolution, gaben aber an, man solle auch über die Verbrechen sprechen, die die anderen begangen haben. 8,7 Prozent befürworteten die Resolution vorbehaltlos, während 6,4 Prozent die Anerkennung von Srebrenica als Genozid forderten. 27,6 Prozent gaben an, nicht zu wis-

---

tiert sind. Antieuropäische Kräfte werden dementsprechend als rückwärtsgewandt und nationalistisch eingeordnet.

100 Vgl. J. Dragović-Soso: »Apologising for Srebrenica«, S. 173.

sen, ob sie der Deklaration zustimmten oder nicht, während 2,7 Prozent keine Antwort gaben.<sup>101</sup>

### 4.3 LEXIKOMETRISCHE ANALYSE DES NORMWANDELS IN SERBIEN

Zur Überprüfung der These, dass sich zwischen 2005 und 2010 ein normativer Wandel auf dem Feld der Aufarbeitung vollzogen hat, habe ich auf Grundlage der erhobenen Zeitungsdiskurse über die öffentlichen Debatten eine lexikometrische Diskursanalyse durchgeführt (vgl. Tabelle 1).

Der Vergleich des öffentlichen Diskurses über die Deklarationen zur Verurteilung von Srebrenica in Serbien 2005 und 2010 zeigt Verschiebungen in verschiedenen Wortfeldern auf, die einerseits einen reiferen Aufarbeitungsdiskurs und andererseits eine Anpassung an den internationalen Diskurs widerspiegeln. Sehr auffällig ist die signifikant gestiegene Fokussierung auf das Wortfeld »Strafe« im Zeitungsdiskurs 2010. Die Bestrafung von Tätern, die Kriegsverbrechen begangen haben, scheint sich als gesellschaftliche Norm durchgesetzt zu haben und wurde auch in den Deklarationen und dem institutionellen und Politikwandel reflektiert. Auch wird häufiger auf konkrete Urteile verwiesen, besonders natürlich auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs, das erst 2007 gesprochen wurde. Die Übernahme der Qualifizierung als Völkermord im öffentlichen Diskurs wird höchst kontrovers verhandelt, was seine Häufung erklärt.

2005 wurde fast ausschließlich von »Verbrechen« gesprochen, um Srebrenica zu bezeichnen. Auch das Wortfeld »Urteil« lässt eine regelmäßige Referenz auf die Urteile des ICTY und des Internationalen Gerichtshofs vermuten. Die öfteren Bezugnahmen auf »international« und »europäisch« deuten auf eine zunehmende Integration in diese sozialen Referenzsysteme hin: Mit internationalen und europäischen Institutionen und Forderungen wird sich – zum Teil auch konfliktiv – auseinandergesetzt, um die eigene Zugehörigkeit, partiell aber auch Abgrenzung, zu demonstrieren. Darauf deutet die häufigere Nennung des Wortfeldes »Westen« sowie des Wortfeldes »Bedingung« hin. Hiermit werden aber gleichzeitig Machtverhältnisse benannt. Die signifikante Häufung des Wortfeldes

---

101 Vgl. Gallup Balkan Monitor: Country Specific Question: Declaration on Srebrenica by the Serbian Parliament: Do you agree or disagree with the Declaration on Srebrenica by the Serbian Parliament?, <http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard> vom 23.4.2013.

*Tabelle 1: Lexikometrischer Vergleich der Zeitungsdiskurse über die Debatten um eine parlamentarische Verurteilung von Srebrenica 2005 und 2010*

2005 häufiger als 2010			2010 häufiger als 2005		
Suchwort	Wortfeld	Diff.	Suchwort	Wortfeld	Diff.
zločin*	Verbrechen	2,59	kazn*	Strafe	-4,92
suoč*	Aufarbeitung	0,34	genocid*	Völkermord	-1,47
Milošević*	Milošević	0,26	međunarod*	International	-0,60
optuž*	Angeklage	0,21	evrop*	europäisch	-0,49
hašk*	Haager	0,18	žrt*	Opfer	-0,48
ljudsk*	menschlich	0,18	presud*	Urteil	-0,44
srb*	Serbien	0,18	kriv*	Schuld	-0,24
demokrat*	Demokratisch	0,15	pravd*	Gerechtigkeit	-0,23
prizna*	Anerkennung	0,15	izvin*	Entschuldigung	-0,21
odgovorn*	Verantwortung	0,15	narod*	Volk	-0,18
prizna*	Anerkennung	0,15	zapad*	Westen	-0,17
režim*	Regime	0,15	pomirenj*	Versöhnung	-0,13
ubistv*	Mord	0,14	naš	Unser	-0,10
Bratun*	Bratunac	0,13	saučešč*	Beileid	-0,10
ime*	Name	0,12	sopstven*	Eigen	-0,10
Mladić*	Mladić	0,12	uslov*	Bedingung	-0,10
istin*	Wahrheit	0,11			
bezbednost*	Sicherheit	0,10			
moral*	Moral	0,10			

»Opfer« ist ambivalent, sie wird sowohl auf muslimische, als auch auf serbische Opfer angewendet. Deutlich wird in jedem Fall, dass es eine Zunahme von Opferdiskursen gibt. Dies passt zu den theoretischen Befunden eines zunehmenden globalen Opferdiskurses und zu der These einer Europäisierung des serbischen Diskurses, in dem »Erinnerungsdiskurse, in denen das Leid der Opfer der Geschichte in den Mittelpunkt gerückt werden, [...] zunehmend nationalistische Erinnerungsdiskurse mit der Überhöhung von Helden und Siegen«<sup>102</sup> ersetzen. 2010 ist eine häufigere Nennung von Worten aus den Wortfeldern »Schuld« und »Gerechtigkeit« festzustellen als 2005. Die Referenz auf »Volk« und auf »wir« hat leicht zugenommen wie auch auf »uns« sowie »eigen«. Diese Befunde können Indikatoren für eine Aneignung des Themas oder eine Nationalisierung des Diskurses sein, welche mit Opferkonkurrenzen und Schulddebatten einhergeht. Die häufigeren Nennungen der Wortfelder »Entschuldigung« und »Anteilnahme/Beileid« weisen gleichzeitig auf eine leichte Bevorzugung symbolischer Praktiken der Vergangenheitsaufarbeitung hin, was sich in konkretem Politikwandel manifestiert.

2005 hingegen wurde deutlich häufiger als 2010 von »Verbrechen« gesprochen, auch wurden klarere Qualifizierungen des Verbrechens mit der Nennung »Massaker« und »Mord« vorgenommen. Interessant ist, dass deutlich häufiger Bezug genommen wurde auf »Aufarbeitung«, »Verantwortung«, »Anerkennung«, »Wahrheit« und »Moral«, was normative Grundpositionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit widerspiegelt. Hierzu passen auch die vermehrten Verweise auf die Wortfelder »menschlich« und »demokratisch«. »Milošević« und »Mladić« sowie das »Regime« wurden als konkrete Schuldige häufiger genannt, häufiger als 2010 wurde auch auf »Sicherheit« rekuriert. Zudem verweisen die Wortfelder »Anklage« und »Haager« auf eine strafrechtliche Form der Aufarbeitung.

Einige Befunde von 2005 sind sicher durch den Eindruck des kurz zuvor gezeigten Videofilms erklärbar, die eine Auseinandersetzung an einem konkreten Gegenstand beförderten und unmittelbar Reaktionen von Betroffenheit und Erschütterungen auslösten. Die Strafverfolgung der noch auf freiem Fuß lebenden Täter war einer der Fokusse des Diskurses kurz nach der Ausstrahlung und wurde vor allem von Regierungsseite betont, um sich als verantwortungsvoll Handelnde zu präsentieren. Hier stand neben dem Opfergedenken vor allem die Idee der *retributive justice* im Vordergrund.

Interessant ist die häufigere Bezugnahme auf Bratunac 2005. Serbische Nationalisten, vor allem in der *Republika Srpska*, versuchten Bratunac als Symbol

---

102 S. Bayraktar: Politik und Erinnerung, S. 59.

für die von Muslimen an Serben begangenen Kriegsverbrechen zu prägen und nachhaltig als Gegenerinnerungsort zu Srebrenica durchzusetzen. Damit gelang es ihnen partiell, die Deutung der eigenen Gruppe als Opfer und der Muslime als Täter aufrechtzuerhalten, was sich in das Deutungsmuster der jugoslawischen Auflösungskriege als serbische Verteidigungskriege fügt. Bratunac wird im Diskurs 2010 seltener genannt, da die meisten Argumente schon 2005 ausgetauscht wurden und 2010 zwei klare Lager bestanden. Mit der Einigung auf zwei Resolutionen zu Beginn der Debatte 2010 wurde der Konflikt weitgehend geregelt. Es gelang der Regierungskoalition mit dem Versprechen einer zweiten Resolution die patriotischen und nationalen Kräfte einzuhegen und sich das Thema der serbischen Opfer mit einer zweiten Resolution zu eigen zu machen. Bratunac selbst aber wurde von Seiten der Regierungskoalition nicht als konkreter Ort angeführt, auch gab es keine Vermittlungsversuche, um dieses Narrativ zu integrieren. Stattdessen nutzten die Vertreter des nationalen Lagers Bratunac, um ihre politische, patriotische Identität zu verteidigen. Dies zeigt sich auch darin, dass genau diese Akteure immer wieder die Symbolpolitik kritisierten, daran Anstoß nehmend, dass Präsident Tadić die Gedenkfeierlichkeiten in Srebrenica und nicht die in Bratunac besuchte. Bratunac wird zum Symbol für die serbischen Opfer und die Loyalität zu den serbischen Opfern zum Indikator für Patriotismus stilisiert. Auffällig ist der Positionswandel der SRS und damit auch der aus ihr 2008 hervorgegangenen SNS. Während sie 2005 diejenigen Akteure waren, die das Thema der serbischen Opfer am stärksten vertraten und auch in der öffentlichen Debatte mit Referenz auf Bratunac offensiv besetzten, tauchen sie 2010 kaum mehr auf. Interessant ist, wie 2010 zunächst auch die SRS mit Aleksandar Vučić, später nur noch die Vertreter der DSS, Dragan Marković Palma von JS, der Präsident der *Republika Srpska* Milorad Dodik und der Bund der Flüchtlinge versuchen, neben Bratunac auch eine Vielzahl von anderen Orten der Erinnerung an serbisches Leiden im Diskurs einzubringen,<sup>103</sup> möglicherweise um eine breitere Mobilisierung zu erreichen. Die Liste der Täter umfasste alle Konfliktparteien und die NATO, so dass keine eindeutige Stoßrichtung mehr zu erkennen war und

---

103 Neben Bratunac wird vor allem auf die kroatischen Operationen *Oluja* und *Bljesak* (Blitz) oder allgemeiner auf Verbrechen in der Krajina, im Kosovo oder auf die NATO-Bombardierung rekurriert, darüber hinaus streuen sich die Bezugnahmen auf Klečka, ein kosovo-albanisches Gefangenenlager in der Gemeinde Mališevo im Kosovo, Kravica, wo am orthodoxen Weihnachtsfest 1992/1993 ein Massaker an Serben stattfand, und weitere Verbrechen an Serben in Foča, Medaki dep, Varvarin, Bjelovac, Sikirići, Voljevići, Jugovići, Loznička Rijeka, Vlasenica, Zvornik sowie Tuzla.

als Ergebnis lediglich die parteipolitische Profilierung durch den Opferdiskurs festgehalten werden muss.

## 2010: Zweierlei Maß?

### Srebrenica und Verbrechen an Serben verurteilen

Ein weiterer Vergleich mit der Diktionärshäufigkeitsmethode verdeutlicht die unterschiedlichen Normsysteme und Adressatenkreise der Deklaration zur Verurteilung von Srebrenica und der Verbrechen an Serben. Da die beiden Dokumente in Anlage und Umfang sehr vergleichbar sind, musste nicht auf Koeffizienten zurückgegriffen werden. Die vorliegenden Daten wurden lediglich zur besseren Darstellbarkeit um Kategorien ohne Nennung bereinigt. Einige Nennungen erklären sich durch die Referenz auf die gleichen Rechtsdokumente in der Präambel wie die Menschenrechtspakte und -konventionen sowie die Genozidkonvention. Diese sind in Tabelle 2 grau eingefärbt.

Sehr auffällig ist die deutlich häufigere Nennung des Wortfeldes »Verbrechen« im Kontext der Deklaration zur Verurteilung der Verbrechen an den Serben, wohingegen in der Deklaration zur Verurteilung des Verbrechens in Srebrenica relativierend von »Tragödie« gesprochen wird. Die Häufungen des Wortfeldes »Serbien/serbisch« sowie »Volk« in der Deklaration zur Verurteilung der Verbrechen an den Serben liegt aufgrund ihrer Intention auf der Hand, ihre hohen Werte zeigen aber auch eine gewisse Relevanz der Nennung dieser Wörter als Diskursregeln nach innen: Das patriotische Bekenntnis gehört noch immer zu einer der wertvollsten politischen Ressourcen. Auch ist hinsichtlich der Serbendeklaration häufiger von Opfern und Trauern die Rede. Auffällig ist, dass Schlagwörter aus dem Vokabular der *retributive justice* bei der zweiten Deklaration öfter beziehungsweise überhaupt fallen wie »Strafe/Schuld« oder »Gesetz« beziehungsweise »Verantwortung«. Dies ist in erster Linie auf die Forderung nach Untersuchung und Strafverfolgung der an Serben begangenen Verbrechen zu erklären, welche aber nicht nur an einem konkreten Ereignis festgemacht, sondern auf die gesamten 90er Jahre bezogen wird. Die Deklaration zur Verurteilung der Verbrechen an den Serben ist mit seinen zahlreichen Verweisen auf internationales Recht und die entsprechenden Organe auch als Ausdruck des Versuchs einer nachholenden Internationalisierung ihres Anliegens zu verstehen, mit der zumindest eine gleiche Opferbehandlung durch internationales Recht und Organe eingefordert werden soll. Der Eindruck der Ungleichbehandlung und der Fehlperzeption der Geschehnisse durch die internationale Gemeinschaft wird auch zweifach durch die Referenz auf die »Wahrheit« ausgedrückt. In der Srebrenica-Deklaration wird häufiger auf schon gesprochene Urteile

internationaler Gerichte Bezug genommen, gleichsam wird mit emotional-symbolischer Rhetorik (»Entschuldigung«, »Anteilnahme/Beileid«) auf ein moralisch angemessenes Verhalten verwiesen.

*Tabelle 2: Lexikometrischer Vergleich der serbischen Deklaration zur Verurteilung von Srebrenica und der Deklaration zur Verurteilung der Verbrechen an den Serben*

Suchwort	Wortfeld	Srebrenica	Serben	Diff.
narod*	Volk	11	21	-10
srb*	Serbien	13	23	-10
zločin*	Verbrechen	5	13	-8
srp*	Serbisch	2	7	-5
žrt*	Opfer	4	8	-4
kriv*	Schuld	4	7	-3
međunarod*	International	10	13	-3
zakon*	Gesetz	0	3	-3
istin*	Wahrheit	0	2	-2
žaljenj*	Trauer	0	2	-2
bombardovanj*	Bombardierung	0	1	-1
humanitar*	Völkerrechtlich	0	1	-1
interes*	Interesse	0	1	-1
istorij*	Historisch	0	1	-1
kazn*	Strafe	0	1	-1
ljudsk*	Menschlich	4	5	-1
NATO	NATO	0	1	-1
odgovorn*	Verantwortung	0	1	-1

Suchwort	Wortfeld	Srebrenica	Serben	Diff.
osu*	Verurteilung	3	4	-1
pomirenj*	Versöhnung	1	2	-1
prošlo*	Vergangenheit	0	1	-1
svets*	Welt	0	1	-1
vrednost*	Wert	0	1	-1
dostojan*	Würde	1	1	0
evrop*	Europa	1	1	0
genocid*	Völkermord	1	1	0
poštovanj*	Respekt	3	3	0
stradanj*	Leiden	1	1	0
uslov*	Bedingung	1	1	0
Mladić*	Mladić	1	0	1
obavez*	Verpflichtung	1	0	1
pošt*	Respekt	1	0	1
sopstven*	Eigenen	1	0	1
tragedi*	Tragödie	1	0	1
zapad*	Westen	1	0	1
izvin*	Entschuldigung	2	0	2
pravd*	Gerechtigkeit	3	1	2
saučešće*	Beileid	2	0	2
Presud*	Urteil	3	0	3

Anders als eventuell zu erwarten gewesen wäre, wurden bei den Deklarationen 2010 weder mannigfaltig Referenzen auf Verbrechen an Serben noch der Slogan »nicht in unserem Namen« benutzt. Stattdessen blieb die Semantik der Deklarationen im Rahmen der international akzeptierten Regeln und Narrative mit Ausnahme der Referenz auf die NATO-Bombardierung. Lediglich anhand der Häufung bestimmter Termini sind bestimmte Tendenzen aus den Dokumenten ablesbar: Aussagekräftig in diesem Kontext ist auch die doppelt so häufige Nennung des Begriffs »Opfer« in der Serbendeklaration, was doch eine deutliche Gewichtung zeigt und darauf verweist, dass von serbischer Seite eben doch zwischen Opfern unterschieden wird – zumindest in der Behandlung der eigenen und anderer Opfer.

### **Unterschiedliche politische Rationalitäten**

Aus der Erinnerung an Srebrenica, dem eigenen institutionellen Versagen und der späten militärischen Intervention in den Bosnienkrieg erwächst bei den internationalen Akteuren eine besondere Verpflichtung und Verantwortung hinsichtlich der Strafverfolgung der Täter und der Unterstützung der Opfer. Darüber hinaus legitimieren sie ihre Institutionen wie das ICTY und ihre Handlungen wie die Einrichtungen der Schutzzonen und die Bombardierungen durch die NATO 1995 und 1999 *ex post*. Mit ihrem Verhältnis zu Srebrenica können sie weiterhin ihre Verpflichtung gegenüber universellen Normen wie den Menschenrechten und der Völkermordkonvention bekunden und zukünftige militärische Handlungen rechtfertigen.

Eine serbische Positionierung zu Kriegsverbrechen, vor allem zu Srebrenica, umfasst neben der moralischen Komponente mindestens vier weitere Funktionen: Sie drückt erstens das Verhältnis zur autoritären Vergangenheit aus, zweitens markiert sie das Bekenntnis zur Nation und der *Republika Srpska*, drittens definiert sie die außenpolitische Richtung und die Zukunft des Landes und viertens symbolisiert sie die Unterordnung oder den Widerstand gegenüber externen Mächten wie den USA und der EU. All diese Punkte bezeichnen ein Verhältnis zur Nation, was verdeutlicht, dass Nationalismus in der gegenwärtigen Politik noch immer eine der zentralen politischen Ressourcen aller Parteien ist. Denen gelang es seit der Transition kaum, inhaltlich und normativ differenzierte Profile zu entwickeln, weiterhin scheinen die Parteien weitgehend austauschbare Politikansätze zu vertreten. Darüber hinaus sind die Positionen auf dem Feld der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, die weitgehend internationalen Erwartungen der Aufarbeitung entsprechen, innenpolitisch unpopulär. Sie werden von nationalistischen und patriotischen Kräften als Verrat gewertet und treffen auch bei

Flüchtlingen und Veteranen aufgrund ihrer Wahrnehmung der Kriege häufig auf Missfallen. Das erklärt auch, warum symbolträchtige Kategorien wie *Genozid* eine Grenze des Sagbaren darstellen und warum eine Positionierung ohne Verweis auf die serbischen Opfer politisch nicht durchzusetzen ist.

#### 4.4 EINE WAHRHEIT?

Roger Duthie beschreibt die Spannung zwischen den Konflikt Narrativen auf unterschiedlichen Ebenen wie der internationalen, der nationalen oder lokalen als eine der unbeabsichtigten Folgen von *transitional justice*.<sup>104</sup> Dieses »Problem der einen Wahrheit« entsteht nicht nur grundsätzlich durch den konstitutiven Pluralismus von Erinnerung<sup>105</sup>, sondern ist gerade nach komplexen Konflikt dynamiken, an denen mehrere Akteure auf verschiedenen Ebenen beteiligt waren, zentral: In diesen Fällen ist es nahezu unmöglich, ein gemeinsames Narrativ zu finden. Das Konstruieren einer bestimmten Vergangenheitsinterpretation, wie der Wahrheit des ICTY und der internationalen Organisationen, behindert dadurch oftmals die Inklusion der komplexeren Konflikt dynamiken auf lokaler Ebene. Im Kontext von internationalisierten Konflikten und extern induzierter Aufarbeitung ist diese unbeabsichtigte Folge sehr wahrscheinlich, da sich das internationale Narrativ aufgrund der Machtasymmetrie hegemonial durchsetzen können wird. Das so konstruierte und durch Konditionalität implementierte neue Vergangenheitsnarrativ wird als einseitig oder als anderen Narrativen gegenüber konflikthaft wahrgenommen. So kann die Aufarbeitung der Vergangenheit konfliktfördernde Effekte haben, wenn unterschiedliche Narrative aufeinander treffen – sowohl innerhalb des Landes als auch zwischen nationaler und internationaler Ebene.

Mit Blick auf Serbien ist es nicht nur der unterschiedliche Schärfe grad der Linse, um eine photographische Metapher zu strapazieren, sondern vor allem die Partikularität der unterschiedlichen Narrative, also die Perspektive oder gar das ganze Motiv, die eine Konflikthaftigkeit bedingen. Dabei ist einerseits die institutionalisierte Täter-Opfer-Zuweisung in den Srebrenica-Deklarationen problematisch andererseits die Völkermordkategorie. Sie delegitimieren die Anliegen

104 R. Duthie: »Afterword«, S. 250 ff.

105 Zur konstitutiven Pluralität von Erinnerung vgl. Feindt, Gregor/Krawatzek, Félix/Mehler, Daniela/Pestel, Friedemann/Trimčev, Rieke: »Entangled Memory. Toward a Third Wave in Memory Studies«, in: *History and Theory* 53 (2014) 1, S. 24-44, hier S. 31 f.

der serbischen Opfer sowie die Frage nach bosniakischer Täterschaft und danach, inwieweit die Opfer des Massakers von Srebrenica ausschließlich Zivilisten waren.

### **Sich gegenüberstehende Ordnungen?**

Auf Grundlage der vorliegenden Untersuchung kann die von Natalija Bašić aufgeworfene Frage beantwortet werden, ob der von der

»internationalen Staatengemeinschaft beschlossenen Verfahrens- und Normenordnung lokale und nationale Ordnungen gegenüber[stehen, D. M.], die die juristisch behandelten Sachverhalte in gänzlich anderer Weise wahrnehmen und bewerten«<sup>106</sup>.

Wie die Analysen der Deklarationen bestätigen, sind auf internationaler und serbischer Ebene Konfliktbeschreibungen, Norm- und Verhaltenserwartungen formuliert, die sich auch diachron im Wandel befinden. Deutlich sind Unterschiede auf den beiden Ebenen festzustellen, allerdings beziehen sie sich nicht unbedingt auf die Normenordnung, sondern vielmehr auf die Konfliktwahrnehmung und die Frage des Verfahrens. Die Grenze verläuft aber nicht entlang der Ebenen national/international, sondern zwischen politischen Lagern, die entweder eine Anerkennung der serbischen Verantwortung für den Völkermord in Srebrenica oder allgemein formuliert: für die Jugoslawienkriege fordern oder ablehnen. Internationale Akteure wie auch einige NGOs und Parteien (LDP, SDU, LSV/SVM) ergreifen in ihren Deklarationen Partei für die bosniakischen Opfer und für das ICTY, wie Tabelle 3 zeigt.

Die von ihnen vertretene Genozidqualifizierung und die dadurch entstehende dichotome Konfliktbeschreibung, die sich in ihren Deklarationen ausdrückt, finden auf innenpolitischer und lokaler Ebene nur geringe Zustimmung. Zudem spiegeln sie nicht die serbische Opferschaft wider, die aber einerseits angesichts des Erfahrungshorizonts der serbischen Gesellschaft und andererseits aufgrund des Opferthemas als nationalistischer Ressource nach Integration verlangt. Die Frage *A šta je s njihovim zločinima?* (Und was ist mit ihren Verbrechen?) entspricht der lokalen Konfliktwahrnehmung und kaum mit der Perspektive der sich vornehmlich auf Srebrenica fokussierenden Akteure übereinzubringen, die das

---

106 Bašić, Natalija: »Völkermord vor Gericht. Kriegsverbrecherprozesse, Emotionen und der Umgang damit in Serbien«, in: Südosteuropa 59 (2011) 4, S. 396-411, hier S. 336.

Tabelle 3: Politische Positionierung zu Srebrenica 2010 ff.

	<b>bosniakische/ ICTY- Interpretation</b>	<b>universelles Opfernarrativ</b>	<b>serbisches, partikulares Opfernarrativ</b>
<b>auf internationaler Ebene</b>	UN, USA, ICTY, Internat. Gerichtshof, F, NL, Europäisches Parlament		
<b>auf nationaler Ebene</b>	NGOs, LDP, SDU, LSV/SVM	DS, G17plus, SPO, SPS, PUPS, seit 2013: SNS	DSS, SRS, JS, Veteranen, Flüchtlings- und Opfergruppen

ICTY unterstützen und oftmals auch die NATO-Bombardierung befürworteten. Diese lokalen Narrative können als bewusstes Instrument des Widerstandes gegen die hegemoniale »westliche Sicht« auf den Krieg verstanden werden, gleichzeitig können sie aber auch eine Strategie der Verarbeitung von Gewalterfahrung darstellen, deren Politizität nicht intendiert ist.<sup>107</sup> In Serbien treffen beide Fälle zu, wobei analytisch nicht zwischen den verschiedenen Motivationen für die Gegennarrative unterschieden werden kann, wenn sie nicht explizit gemacht werden.

Diese Zweiteilung des diskursiven Raums wird in der serbischen Öffentlichkeit von nationalistischen Akteuren oftmals äquivalent gesetzt mit patriotisch oder unpatriotisch, richtig oder falsch, Freund oder Feind, wahr und unwahr sowie Opfer oder Täter. Diese Polarisierung und Teilung des gesellschaftlichen und internationalen Raums hat ihre Wurzeln in der sozialistischen Geschichtsschreibung und Propaganda, die durch Satanisierung und Heroisierung in beiden Referenzsystemen idealtypische Zuschreibungen vornahm und Gegner im Äußeren als Nazis oder Imperialisten, im Inneren als Verräter oder Volksfeinde disqualifizierte. Folglich deuten nationalistische Kräfte die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, soweit sie von außen mitgestaltet wird oder serbische Opfer nicht anspricht, als ungerecht. Die internationale Strafverfolgung und die nunmehr hegemoniale Konfliktwahrnehmung erscheinen ihnen als Beweis dafür. Aufgrund dieser Polarisierung ist bis heute kein offener Diskurs über Vergangenheitsaufarbeitung möglich, in dem diese Vorstrukturierung nicht dominant wird. Doch erst ein Überkommen dieser Dichotomien kann einen gesellschaftlichen Dialog

---

107 J. Obradović-Wochnik: »Knowledge, Acknowledgment and Denial«, S. 71.

eröffnen, der sich kritisch und produktiv mit der Vergangenheit auseinandersetzt, auch Graustufen, auch die Doppelrollen von Akteuren als Täter-Opfer sowie Opfer-Täter und Sprecher mit einer anderen Position zulässt, ohne sie sofort als illegitim zu disqualifizieren.

### **Agieren im Dazwischen: Universalisierung und symbolische Praktiken**

Wie bereits vermutet, konnte im gegenwärtigen serbischen Diskurs keine Ablehnung der Norm der Aufarbeitung gefunden werden. Im Gegenteil, es wird in allen Deklarationen und von sämtlichen politischen Fraktionen gefordert, Kriegsverbrechen unabhängig der ethnischen Zugehörigkeit von Täter oder Opfer zu verurteilen und Täter und Opfer beim Namen zu nennen. Wie der diachrone Wandel der serbischen Deklarationen aufzeigt, wird der Konflikt zwischen den unterschiedlichen partikulären Narrativen durch einen Kompromiss aufzulösen versucht.

Die Deutungsoffenheit der Vergangenheitsaufarbeitung ebnet den Ausweg, sich mit Hilfe universalistischer Rhetorik und symbolischer Praktiken den international geforderten Normerwartungen anzupassen, diese aber auch in Teilen zurückzuweisen. Sie ermöglicht dabei beiden Narrativen und Normsystemen eine weitgehend friedliche Koexistenz. Die Universalisierung des Opfers integriert die eigene partikuläre Opferschaft und schließt auch die Opferschaft anderer Konfliktparteien mit ein, wie auch die Verurteilung von Kriegsverbrechen die Täterschaft aus dem eigenen Kollektiv genauso wie die der anderen miteinbezieht, was es ermöglicht, dem nationalistischen Lager und der lokalen Konfliktwahrnehmung gerecht zu werden. Die Offenheit und Wagemut dieser universalistischen Normbezüge lässt auch die Angriffe derer ins Leere laufen, die ein partikuläres Narrativ vertreten, da es in ihnen aufgeht und integrativ wirkt.

Die sich zu der Deklaration komplementär verhaltende religiös anmutende Kultur öffentlicher Entschuldigung kommt einem Bußritual gleich. Staatsmännische Gesten wie Entschuldigungen und Gedenkakte sind ein probates Mittel der Versöhnung. Der außenpolitische Nutzen solcher symbolischen Handlungen, die ein Einzelner für ein ganzes Kollektiv vollzieht, ist offenkundig. Auf einer solchen Grundlage können Verhältnisse neu definiert und Verträge geschlossen werden. Serbische Repräsentanten haben die Symbolpolitik als neue Staatsdoktrin offenbar akzeptiert, sie soll die Grundlage regionaler Zusammenarbeit und europäischer Integration bieten.

Die relativierenden Wendungen in den Entschuldigungen, die Weigerung, Srebrenica als Genozid anzuerkennen, die weiterhin ausbleibende offizielle An-

erkennung der Verwicklung staatlicher Organe oder die fehlende Anpassung der Bildungspolitik treten in der internationalen Beurteilung der Gesten in den Hintergrund. In der serbischen Gesellschaft können somit serbische Opfer »gleich« sein als bosnische, und somit dürfen mit Verweis auf die Meinungsfreiheit Diskurse über Opfer- und Tätersymmetrien weitergeführt werden, die international nicht toleriert würden. Innenpolitisch hingegen kollidieren diese Positionen.

Gleichzeitig soll aus Sicht der Mehrheit der serbischen Akteure das Kapitel der Aufarbeitung der Vergangenheit beendet sein, und mit Blick auf den Druck durch die Konditionalitätspolitik sind zumindest mit einiger Wahrscheinlichkeit in Zukunft weniger internationale Interventionen zu erwarten. Denn formal verhielt sich Serbien mit der parlamentarischen Verurteilung von Srebrenica, dem Besuch des Präsidenten in Srebrenica und Vukovar, mit Entschuldigungen und schließlich den nicht verhandelbaren Auslieferungen der letzten flüchtigen Kriegsverbrecher den internationalen Erwartungen angemessen.

